

blz

ZEITSCHRIFT DER **GEW** BERLIN
66. (81.) JAHRGANG
SEPTEMBER 2013



www.umfairteilen.de

UM *fair* TEILEN Reichtum besteuern

SCHULE
Die gute Lehrkraft

SENIORITA
Erinnerungsbuch

GEWERKSCHAFT
Nachlese zum Gewerkschaftstag

INHALT

Leute | Standpunkt | Kurz und bündig | Post an die Redaktion | ...3-5

TITEL

Aus dem Dunkel in das Licht *Hartmut Schurig* 6

SCHULE

Der Guru wird's nicht richten *Bernd Kramer* 9
 Berlins Oberstufenzentren *Pit Rulff* 11

LEHRERINNEBILDUNG

Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ... *Matthias Jähne* 12
 Der CDU liebstes Kind *Laura Pinnig* 14
 Hier wird getrennt, was zusammengehört *C. Sauerbaum-Thieme* 15

KITA & HORT

Kita-Ausbau hinkt der Nachfrage hinterher *Interview* 16

SENIORITA

Erinnern heißt Verstehen *Sabine Tietjen* 17
 Zwischen Profit und Patientenwohl *Konrad Görg* 18
 Seminar »Übergang in den Ruhestand« *Monika Rebitzki* 19

HOCHSCHULE

PolitikerInnenbefragung *Folker Schmidt* 22

RECHT & TARIF

Kurzmeldungen 24

GEWERKSCHAFT

Inklusive Schule *S. Baumgardt/B. Winkelmann* 25
 Anstrengend und oft frustrierend *Andreas Kraft* 26
 Sabine Dübbers hört auf *Udo Jeschal* 27
 Mete-Ekşi-Preis 2013 *Norbert Gundacker* 28
 Filmvorstellung *Kultur AG* 28

SERVICE

Internetplattform für Kinder *Martina Thulcke* 29
 Theater und Schule | Fortbildung | Materialien 32

BÜCHER

Ein Tarifvertrag muss her *Andreas Kraft* 30
 Neuer Radführer für Berliner Mauerweg *Klaus Will* 30
 Kritische Psychologie leicht gemacht *Folker Schmidt* 31

IMPRESSUM

Die blz ist die Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 Euro (inkl. Versand).
 Redaktion: Klaus Will (Koordination, Foto- und Schlussredaktion), Richardo Zeh, Andreas Kraft,

Ralf Schwick, Folker Schmidt, Christiane Thöne, Josef Hofmann
 Redaktionsanschrift: Ahornstraße 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-46, Fax -49,
 E-Mail blz@gew-berlin.de
 Anzeigen und Verlag: GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion.
 Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 11 vom 1. Januar 2009

Satz, Layout und Konzept:
 bleifrei Texte + Grafik/Claudia Sikora/Jürgen Brauweiler
 Prinzessinnenstr. 30, 10969 Berlin, Tel. 61 39 36-0, Fax -18, e-mail: info@bleifrei-berlin.de
 Druck: Bloch & Co, Prinzessinnenstr. 26, 10969 Berlin
 ISSN 0944-3207

9/2013: 24.500



9 SCHULE Bernd Kramer von der taz bezeichnet die Glorifizierung der Lehrkraft durch die Hattie-Studie als Gefahr, denn damit könne man gut die notwendigen Struktur- und Ausstattungsdebatten verhindern. Wolfgang Harnischfeger findet Kramers Kritik richtig, aber nicht ausreichend.



12 LEHRERINNEBILDUNG Der Entwurf für das neue LehrerInnenbildungsgesetz liegt auf dem Tisch. Manches ist gut, manches schlecht. Schlecht ist zum Beispiel die Einführung von „Mangelfächern“ und die eigenständigen Lehrämter für Gymnasien und Grundschulen.



22 HOCHSCHULE Die Parteien gehen auf die GEW zu. Oder hat die GEW etwa die richtigen Forderungen? Nuancen sind für Fachleute gleichwohl erkennbar, was bei der Wahlentscheidung hilfreich sein könnte.

LEUTE

Sigrid Gärtner ist seit einem viertel Jahrhundert aktiv in der gewerkschaftlichen SeniorInnenarbeit und war bis 2012 auch im Vorstand des Landesseniorenausschusses. Jetzt ist sie vor allem noch aktiv als Geburtstagsfee: Jedes Mitglied im höheren Lebensalter bekommt von ihr eine wunderschön gestaltete Geburtstagskarte mit persönlichen Worten. Die LandesseniorenInnen bedanken sich und wünschen Sigrid alles Gute, Gesundheit und die Kraft, weiterhin gewerkschaftlich aktiv zu sein.

Juliane Zacher wurde vor den Sommerferien als Sprecherin im Bundesausschuss der Jungen GEW gewählt. Die junge Lehrerin aus Berlin ist seit Langem in der Jungen GEW Berlin aktiv. Wir wünschen ihr für das neue bundespolitische Mandat alles Gute und viel Erfolg.

Leonie Mader (17) heißt die neue Sprecherin des LandesschülerInnenausschusses (LSA). Die 17jährige Schülerin kommt von der Heinrich-Hertz-Schule in Friedrichshain. Sie ist schwerhörig und wird inklusiv beschult. Über ein Schüleraustauschprogramm war sie in Chile, wurde danach Schulsprecherin und engagiert sich seitdem im LSA: Der LSA ist die offizielle Vertretung der SchülerInnen, daneben gibt es noch die Landesschülervertretung (LSV), ein freier Zusammenschluss von SchülerInnen.

Heinz Klippert, einer der bekanntesten Schulreformer Deutschlands, ist Ende Juni 2013 in den Ruhestand gegangen. Klippert war ab 1977 an einem Weiterbildungsinstitut der Evangelischen Kirche in Rheinland-Pfalz angestellt. Der ausgebildete Gymnasiallehrer und Diplom-Ökonom ist aber vor allem durch seine Bücher (»Methoden-Training«) und seine zahlreichen Lehrertrainings für einen verbesserten Unterricht landesweit bekannt geworden.

Judith Kerr ist kurz vor ihrem 90. Geburtstag im Juni 2013 in Berlin mit einer Feierstunde und dem Eintrag in Goldene Buch der Stadt geehrt worden. Die Tochter des Theaterkritikers Alfred Kerr ist mit ihren Eltern vor den Nazis nach England geflohen, wo sie heute noch lebt. In ihrem Jugendbuch »Als Hitler das rosa Kaninchen stahl« hat sie die Flucht verarbeitet. ■



FOTO: PRIVAT

Schule als Medienspektakel

Spitzer, Hüther und Precht sind die neuen Bildungsexperten

von Wolfgang Harnischfeger, Schulleiter i.R.

Die gegenwärtige Diskussion über Schule ist geprägt von Bedrohungsszenarien und vom Alarmismus selbst ernannter Retter der geschundenen Kindseele, von romantischer Verklärung der Kindesentwicklung, gepaart mit neurobiologischen Einsprengeln und naiven Schlussfolgerungen vom einzelnen auf alle. Protagonisten sind Manfred Spitzer mit der Warnung, wer sein Kind an den Computer lasse, könne es auch in einen dunklen Keller sperren, Gerald Hüther, der von der Neurobiologie aus zu dem Schluss kommt, jedes Kind sei hochbegabt, nur bringe die Schule das nicht zur Entfaltung, und Richard David Precht. Allen gemeinsam ist die lustvolle Zuspitzung von Missständen und Problemen, die jedermann kennt und beklagt, vom Zeitdruck, unter dem die Kinder stehen, bis zur stinkenden Schultoilette, schließlich handelt es sich um Medienprofis. Wenn man die Goldene Bulle nicht kennt, zeigt das, wie ineffektiv schulisches Lernen ist und wie sehr die Schule ihren Auftrag vernachlässigt, auf das Leben vorzubereiten! Und was setzen die Großkritiker dagegen? Ein Bild vom Kind, das von der herkömmlichen Schule befreit werden muss, weil es in ihr an der Entfaltung seiner Kräfte gehindert wird. Rousseau mit seinem »Emile« von 1762 lässt grüßen, nur heißt der edle, naturbelassene Mensch, frei von korrumpierenden zivilisatorischen Einflüssen, heute Anna und ist die Tochter von Herrn Precht.

Der will eine Revolution einleiten und die »Schule auf den Kopf stellen«, so der reißerische Aufmacher der ZEIT für eine gesamte Ausgabe. Dieses Bild entspricht exakt den gemachten Vorschlägen: Wer auf dem Kopf steht, hat die Bodenhaftung verloren, sieht die Welt verkehrt im ursprünglichen Sinne, dem steigt das Blut in Regionen, in die es nicht hingehört, und er verliert in kür-

zester Zeit zuerst die Übersicht und dann das Bewusstsein. Denis Scheck kam in der Kurzbesprechung von Prechts letztem Buch zu der treffenden Einschätzung, man wisse nicht, was schlimmer sei, die Diagnose oder die Therapie. Was soll man auch halten von dem Vorschlag eines »Abenteuerprojekts« für pubertierende Achtklässler, das mehrere Hunderttausend Vierzehnjährige über Monate auf die Walz schicken würde? Das kann nur jemand fordern, der nicht befürchten muss, ernst genommen zu werden. Oft werden auch Weisheiten ausgesprochen wie »Eine gute Schule muss sich nach den Bedürfnissen, den Begabungen und dem Lerntempo eines jungen Menschen richten und ihn dazu befähigen, dieses Tempo selbst zu steuern«. Wer wollte dem nicht zustimmen, aber was ist, wenn der junge Mensch beschließt, vor seiner Playstation zu verenden und seine letzte aktive Handlung für die nächsten drei Wochen darin besteht, sich die passende Musik dazu auf sein iPod zu laden? Was macht dann der Lehrer, der ja keiner mehr sein darf, sondern ein Lernbegleiter, setzt er sich daneben und wartet, bis der müde Junge Wilde wieder zum Leben erwacht? Lockt er ihn mit einem ganz realen Magnum five Kisses-Eis?

In der Talkshow von Günther Jauch zur Schule war die schräge Frau Sarrazin die pädagogische Fachfrau in der Runde, schon das allein macht deutlich, dass es nur auf das Spektakel ankommt. Und dass sie als Vertreterin einer Zucht- und Ordnung-Pädagogik als einzige gelegentlich Sätze mit einem Hauch von Realitätsbezug sagte, unterstreicht, wie medial aufgeschäumt das Thema Schule behandelt wird. Wer solche Unterstützer bei der Veränderung von Schule hat, muss sich um seine Gegner keine Gedanken mehr machen. ■



Plakat der Schweizer Gewerkschaft Unia im Rahmen der Initiative »Abzocker stoppen«: Gefordert wird die Deckung der Managergehälter: Das Zwölfwache muss reichen! Die Manager dürfen als Monatsgehalt nicht mehr bekommen als der am geringsten bezahlte Mitarbeiter im Jahr! Darüber wird es in der Schweiz im November 2013 eine Volksabstimmung geben. Unia ist eine branchenübergreifende Gewerkschaft. Sie organisiert die Arbeitnehmenden in Industrie, Gewerbe, Bau und privatem Dienstleistungsbereich und hat rund 200.000 Mitglieder. Sie ist dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund SGB angeschlossen. Mehr zur Initiative unter www.abzocker-stoppen.ch

FOTO: UNIA

wieder attraktiv für alle Eltern zu machen. Je problematischer eine Schule, desto mehr Ressourcen solle sie bekommen. Lehrer müssten zudem fortgebildet werden, um mit der kulturellen Vielfalt ihrer Klassen umgehen zu lernen.

Abitur-Pleiten an Privatschulen

Fast der gesamte Abitur-Jahrgang (25 von 27 Prüflingen) einer privaten Fachoberschule (FOS) im bayrischen Schweinfurt hat die Abiturprüfung nicht bestanden. Jetzt wechseln die SchülerInnen auf eine staatliche FOS. Ebenfalls durch die Abiturprüfung gefallen ist eine Klasse einer privaten Fachoberschule für Wirtschaft und Verwaltung in Dresden. Diese SchülerInnen erhalten im September die Möglichkeit zur Nachprüfung.

Amazon will nicht verhandeln

Der Internetversender Amazon lehnt Verhandlungen über einen Tarifvertrag für seine Beschäftigten weiterhin ab. Amazon ist der Meinung, dass die Beschäftigten gut bezahlt werden. Die zuständige Gewerkschaft ver.di sieht das anders und will Amazon dazu bringen, die Beschäftigten nach dem Tarifvertrag Handel zu bezahlen. An mehreren Amazon-Standorten ist inzwischen gestreikt worden, ver.di droht dem Unternehmen einen langen Arbeitskampf an. Deutschland ist nach den USA der wichtigste Standort des Internethändlers, der hier zwar viel Umsatz macht, aber neben den Gehältern auch die Steuern so gut wie möglich minimiert.

Aachener Friedenspreis für Berliner Schule

Stellvertretend für alle Schulen, die per Schulkonferenzbeschluss festgelegt haben, die Bundeswehr nicht an ihre Schule einzuladen, ist der Aachener Friedenspreis 2013 an die Hulda-Pankok-Gesamtschule (Düsseldorf), das Robert-Blum-Gymnasium (Berlin-Schöneberg) und die Käthe-Kollwitz-Schule (Offenbach a.M.) gegangen. Diese Schulen werden ausgezeichnet, weil sie als erste in den Jahren 2010 und 2011 diesen Beschluss in ihren Schulkonferenzen gefasst haben. Die Auszeichnung soll auch ein Zeichen gegen den Mainstream der Militarisierung in unserer Gesellschaft setzen, heißt es in der Preisbegründung. ■

Warnstreik der angestellten Lehrkräfte

Der Geschäftsführende Landesvorstand der GEW BERLIN hat im August erneut die angestellten Lehrkräfte für zwei Tage zu einem Warnstreik aufgerufen. Mit dem Warnstreik soll erreicht werden, dass der Berliner Senat Tarifverhandlungen mit der GEW zu folgenden Forderungen aufnimmt:

- Tarifliche Eingruppierungsregelungen für angestellte Lehrkräfte, durch welche auch die Einkommensunterschiede zwischen angestellten und verbeamteten Lehrkräften beseitigt werden können.
- Tarifliche Regelungen zu alternsgerechten Arbeitsbedingungen, die eine Gesunderhaltung der Lehrkräfte bis ins Alter ermöglichen.

Bislang weigert sich der Finanzsenator, Tarifverhandlungen mit der GEW BERLIN aufzunehmen, deshalb soll weiter Druck ausgeübt werden, um die Forderungen durchzusetzen.

Kürzung der Förderstunden zurückgenommen

Im Schuljahr 2012/13 hatte die Senatsverwaltung durch eine Änderung der Zuweisungsrichtlinien Förderstunden im Umfang von etwa 50 Lehrerstellen in den Grundschulen gestrichen. Klassen, die zwar regulär im Rahmen der Bandbreite eingerichtet wurden, aber unterhalb der Zuweisungsfrequenz von 24 SchülerInnen, erhielten nur noch reduzierte oder gar keine Förderstunden mehr. Bis dahin standen jeder Klasse unabhängig von der Klassenfrequenz zwei Förderstunden zu. Nach Protesten der GEW BERLIN stellt jetzt die Bildungsverwaltung klar, dass

diese Kürzung, die besonders Schulen in sozialen Brennpunkten getroffen hatte, zurückgenommen wurde. Ab sofort erhält wieder jede innerhalb der Bandbreite von 21 bis 26 SchülerInnen eingerichtete Klasse zwei Förderstunden.

Eltern auf der Flucht vor hohem Ausländeranteil an Schulen

Wegen des hohen Ausländeranteils schicken Eltern ihr Kind oft nicht auf die Grundschule in der Nachbarschaft, sondern woanders hin. In Städten wie Berlin besuchen fast 70 Prozent der Grundschüler mit Migrationshintergrund eine Klasse, in der mehrheitlich Schüler nichtdeutscher Herkunft sitzen. Der Großteil einheimischer Kinder lernt Lesen und Rechnen überwiegend unter Deutschen. In mittelgroßen Städten gilt dies für 57 Prozent der Schüler mit Migrationshintergrund. Dies sei nicht nur durch den Einzugsbereich einer Schule zu erklären, sondern durch eine Flucht bildungsbewusster Eltern aus manchen Einrichtungen. Das ist das Ergebnis eines Berichts, den Forscher des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration im Juli 2013 vorgestellt haben. Bereits 2012 gab es eine ähnliche Expertise des Gremiums. In ihrer Studie haben die Forscher nun Empfehlungen gegeben, wie diesem Trend der sogenannten Segregation beizukommen ist. Die Integrationsexperten halten nichts von einer Zwangsdurchmischung durch strenge behördliche Schulzuweisungen. Sie fordern stattdessen mehr Personal, Geld und Ideen für Schulen mit hohem Zuwandereranteil, um sie auf lange Sicht

Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Beiträge möglichst auf Diskette oder per e-mail einsenden. Die in der blz veröffentlichten Artikel sind keine verbandsoffiziellen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

Gehobene Küche, Juli/August-blz 2013

Bei dieser Glosse tut sich einmal mehr die Frage auf, was soll das? Hier wird jemanden die Möglichkeit gegeben, ihr dümmliches Nichtwissen auf einer ganzen Seite auszubreiten. Soll wohl lustig sein! Sie weiß wohl nicht, dass für die von ihr lächerlich gemachten Berufe in Berlin zwei große, öffentliche Schulen Verantwortung tragen. Köche und Restaurantfachleute werden in einer dreijährigen Ausbildung qualifiziert. Sommermelier ist eine Zusatzqualifikation. Auch macht sie sich mehr unwissend als sie anscheinend sowieso schon ist (viele Messer und Gabeln ...) Menschen, die zu einer gemeinsamen Einladung beisammen sind als Rudel zu bezeichnen, ist beleidigend. Sie hätte nicht hingehen müssen oder wurde ihr Zwang angebroht? Es gibt es schon seit zig Jahren nicht mehr, dass Frauen (?) Wein zerstampfen, vielleicht sollte sich die Gabi mal über die Möglichkeiten des (ökologischen) Weinbaus informieren, das ist moderne Technik, die begeistert. Ich lese gern Kritiken von Menschen, die Wissen haben und vermitteln, aber verschont mich mit ahnungslosen, anmaßenden, verächtlich machenden und dummen Beiträgen. Über diesen »berühmten« Kaffee haben wir schon so viel gelesen und gehört. So die blendende Erklärung von Jack Nicholson in »Das Beste kommt zum Schluss«.

Roger Kutschki

Die Landesdelegierten tagten, Juni-blz

In der Schule für Gleichberechtigung zu streiten, ist Aufgabe der Lehrer und Erzieher: für die Gleichberechtigung nationaler Eigenheiten, für Gleichheit zwischen Jungen und Mädchen, Jung und Alt, nicht zuletzt gleichberechtigt in seinen Lernchancen zu sein. Zu den Akteuren dieses Streites gehören selbstverständlich auch die Eltern. Solchen Fragen widmete sich akademisch eine Gruppe des „Landesausschusses für Migration und gegen Diskriminierung“ (LAMA), die auf der Landesdelegiertenversammlung meine Schule mit

**Wir haben viele
Seiten ...**
GEW-Mitglieder sind besser informiert.
www.gew-berlin.de



dem Vorwurf des Rassismus erwähnt hat. Ich bin Erzieherin und seit dreißig Jahre im Kollegium dieser Schule, der Lenau Schule in Kreuzberg. Wir haben Fragen des gleichberechtigten Umgangs verschiedener Nationen des gleichberechtigten Lernens immer sehr ernst genommen. Deshalb empören mich diese unhaltbaren Vorwürfe. Nicht nur Monika Hermann, heute Bürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg, sondern auch viele andere haben sich mutig diesem Rufmord entgeggestellt.

Ilona Zeise

Inklusive Schule, Juni-blz 2013

Es ist schön und wichtig, dass das Thema Inklusion Schwerpunkt ist, aber wieder einmal entsteht der Eindruck, Inklusion hätte nur etwas mit Menschen mit Behinderung zu tun – das ist meines Erachtens der falsche Denkansatz! Inklusion meint gerade nicht die Fokussierung auf eine bestimmte soziale/gesellschaftlich Gruppe, sondern sie meint ein Nachdenken mit praktischen Konsequenzen darüber, inwieweit wir bereit sind, all den verschiedenen Menschen in unserem Umfeld offen und urteilsfrei zu begegnen (also beispielsweise auch Kindern mit Migrationshintergrund, Kindern aus Regenbogenfamilien, Kindern aus schwierigen sozialen Verhältnissen). Besonders ärgert mich die immer wieder betriebene negative Besetzung des Begriffes »Integration« (siehe Sarah Klug). Die IntegrationspädagogInnen der 70er-90er Jahre haben sehr wohl inklusiv gedacht und gehandelt – sie kannten nur das Wort Inklusion noch nicht. Negative Entwicklungen, die es natürlich in der Vergangenheit auch gab, rechtfertigen nicht, den Begriff Integration ganz allgemein für diese Entwicklungen zu benutzen.

Rita Klaukin

Nur der halbe Weg, Mai-blz 2013

Der Artikel gründet auf der Aussage: »Inklusion ist die Steigerung der

Teilhabe aller SchülerInnen an Bildung«. Wenn nicht eine Lüge, so ist dieser Satz zumindest eine unbegründete Behauptung. Außerdem ist er eine Ohrfeige für alle, die in Förderzentren arbeiten. Nimmt man diesen Satz ernst, heißt es, dass SchülerInnen in einem Förderzentrum weniger Bildung erfahren als bei inklusiver Beschulung. Ich halte das für symptomatisch für die Inklusionsdebatte. Einmal mehr soll von oben verordnet werden, was das Beste für das Kind sei. Früher verordnete man allen Kindern mit Behinderung den Besuch eine Sonderschule. Heute fordern radikale Inklusionsverfechter die Schließung von Förderzentren. Warum überlassen wir es nicht jenen, die ihr Kind am besten kennen: den Eltern? Dann es geht um die Vielfalt der Lernorte. Nur bei einer Vielfalt der Lernorte wird das Elternwahlrecht nicht zur Farce und nur so kann die Bildungslandschaft bunt genug bleiben, um der Buntheit der Kinder gerecht zu werden.

Torsten Hofstetter

ÜBRIGENS

Fast ohne Pause geht es weiter: Die Medien wundern sich, dass die angestellten Lehrkräfte nach den Sommerferien nicht ruhiger sind. Warum sollten sie, es hat sich ja nichts verändert!

Zumal es ja das Merkmal des gegenwärtigen rot-schwarzen Senats ist, alle Probleme erst einmal versuchen auszusitzen. Die Bundesmutter macht es mit Erfolg vor, dass man besser erst was sagt und entscheidet, wenn klar ist, wer gewinnt oder man nicht mehr anders kann, also gezwungen wird.

Die nächste Ausgabe erscheint schon wieder in den Ferien, diesmal aber am Ende, weil die Herbstferien ja nicht so lang sind.

K.W.

Redaktionsschluss blz 11/2013: 23. September 2013

Redaktionsschluss blz 12/2013: 1. November 2013



Transparent vor dem Neubau des Bundesministeriums für Bildung und Forschung im Spreebogen

FOTO: LAURA PINNIG

Aus dem Dunkel in das Licht

Die Schuldenbremse ist auch eine Bildungsbremse

von Hartmut Schurig, Vorsitzender der GEW BERLIN



FOTO: KAY HERSCHELMANN

Hartmut Schurig

Der Gesetzentwurf für den neuen Berliner Doppelhaushalt ist jetzt veröffentlicht worden. Er steigt in den Jahren 2012 bis 2015 von 4 auf 4,4 Milliarden Euro an. Einzelheiten sind seit Juni tröpfchenweise in den Medien durchgesickert. Die Bildung soll dabei gut weggekommen sein. Man darf der Senatorin und ihren Staatssekretären unterstellen, dass sie unter den gegebenen Umständen Bestmögliches herausgeholt haben. Was die gegebenen Umstände sind und wie wir das »Bestmögliche« bewerten, das soll hier eingehender betrachtet werden. Ende August soll die erste Lesung des Bildungshaushaltes im Plenum stattfinden, dann wird sich der Haushaltsausschuss in zwei Lesungen mit dem Einzelplan 10 befassen (September und November) und schließlich erfolgt die Beschlussfassung über den Doppelhaushalt voraus-

sichtlich Mitte Dezember. Jetzt aber kann bereits vorausgesagt werden, dass dieser Haushalt nicht geeignet sein wird, die notwendigen und vielfältigen Aufgaben in der Bildung wie in den anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes in guter Qualität zum Wohle der BerlinerInnen abzusichern.

Schauen wir auf den Bereich der Bildung

Bei Lehrkräften und ErzieherInnen fehlt eine Vertretungsreserve vor Ort und die Klassen sind zu groß für den politischen und pädagogischen Anspruch einer guten individuellen Bildung.

In den Kitas soll es zurzeit eine Platzreserve von 12.000 Kitaplätzen geben. Aber sind sie dort, wo sie auch gebraucht werden? Gibt es für diese Plät-

ze auch das notwendige qualifizierte Personal? In der GEW erhalten wir immer wieder Meldungen über fehlende Plätze, lange Wartelisten und personelle Engpässe. Der Rechnungshof kritisierte die nicht sachgerechte Verwendung der öffentlichen Zuwendungen an die freien Träger, deren Kontrolle nicht gesichert ist.

Die Unis werden auf marktwirtschaftliches Funktionieren getrimmt. Gerade hier hat der aufgezwungene Wettbewerb dazu geführt, dass prekäre Beschäftigung eher zur Regel denn zur Ausnahme geworden ist.

Der Sanierungsstau an den öffentlichen Gebäuden ist noch immer riesengroß. Nach Jahren des Personalrückgangs im öffentlichen Dienst ist die Arbeitsbelastung immens hoch.

Warmer Regen für den Bildungsetat?

In den Medien gibt man gern Erfolgsdaten preis. Etwa ein »fettes Plus für die Bildung«: In die KITAS fließen 7,2 Prozent mehr Mittel, für Lehrkräfte- und Referendarstellen gibt es mehr Geld, auch das Schulessen wird höher subventioniert und nicht zuletzt erhalten die Brennpunktschulen einen Zuschuss. Die Hochschulen erhalten 110 Millionen Euro mehr und fürs Bauen und Sanieren sind pro Jahr 13 Millionen Euro eingestellt. Und nicht zu vergessen: die Beamten erhalten eine Besoldungserhöhung von 2,5 Prozent. Toll!

Toll? Im Kitabereich muss der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für die Kleinsten finanziert werden. Das muss natürlich entsprechend ausgebaut und ausgestattet werden. Gerade bei der Ausstattung mit qualifiziertem Personal haben wir eine riesige Ausstattungslücke errechnet. Zum Personalbedarf waren bislang keine verlässlichen Angaben zu erhalten. Ob die Mittel ausreichen werden, wird nicht zuletzt von der realen Inanspruchnahme der Kitaplatze abhängen.

Für den Schulbereich haben wir für eine gute Bildung eine notwendige Zusatzausstattung von jährlich 660 Millionen Euro berechnet. Eine gute Schule mit dem Fokus auf Bildungsqualität braucht eine bessere Ausstattung: kleinere Klassen, Ganztags, Inklusion, gesundes Arbeiten, bessere Ausbildung, schönere Schulhäuser. Man mag es als ein Wunschkonzert abtun, wir nennen es eine solide und belastbare Berechnung. Unbestreitbar werden zusätzliche Mittel in verschiedenen Bildungsbereichen zur Verfügung gestellt. So für neue PädagogInnenstellen, Schulessen (weitere 9 Millionen), Referendariatsplätze (weitere 500 Plätze im übernächsten Jahr), Brennpunkte (jährlich 100.000 bzw. 50.000 Euro für jede Schule mit vielen lernmittelbefreiten SchülerInnen).

Dennoch mag sich Jubelstimmung nicht so recht einstellen. Denn die zusätzlichen PädagogInnenstellen folgen lediglich dem erhöhten Bedarf und

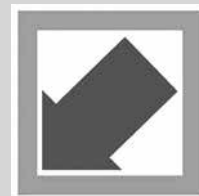
der Pensionierungswelle. Das Schulessen war unterfinanziert und dementsprechend kritikwürdig in der Qualität. Die zusätzliche Unterstützung der Brennpunktschulen ist nur die längst fällige Konsequenz aus der bekannten prekären Lage dieser Schulen. Es wird sich zeigen, ob damit die Bewerberlage für diese Schulen, wo wir gerade die Besten brauchen, verbessert werden kann. Die Universitäten hatten 30 Millionen Euro mehr reklamiert, als sie nun bekommen sollen. Der öffentliche Sanierungsstau ist gigantisch, für den Bildungsbereich haben wir ihn auf einmalig 660 Millionen Euro (ohne Erweiterungs- und Neubau) geschätzt. Hier sind die Angaben der Senatsbildungsverwaltung nicht durchschaubar. 26 Millionen Euro für »mobile Unterrichtsräume«, jährlich 32 Millionen Euro für Schulneubau, Erweiterungsbauten und Sanierungen. Weitere 32 Millionen aus dem Schulanlagensanierungsprogramm von Sen-BJW. Schließlich wird für alle Schulbaumaßnahmen eine Gesamtsumme von 580 Millionen Euro in den Jahren 2013 bis 2017 angegeben. Diese hohe Summe verblüfft dann doch, erschließt sich aber nicht aus den Einzelangaben..

Was ist von der Besoldungserhöhung für die Beamten zu halten? Berlin trägt mit einer Differenz von etwa 11 Prozent zu den Beamten des Bundes schon lange die Rote Laterne. Das Plus von jährlich 2,5 Prozent erhöht den Abstand zum Bundesdurchschnitt weiter. Unsere politische Forderung ist klar: (Wieder-)Anschluss an die Tarifentwicklung und Schaffung eines verbindlichen Angleichungsplanes an den Bundesdurchschnitt.

Ein »ungenügend« für den Haushalt

Der Haushaltsplan läuft auch bei erhöhten Zuwendungen dem unabweisbaren Bedarf hinterher. Das gilt selbst für die bitter notwendige Unterstützung der Brennpunktschulen. Dieser Haushalt könnte von uns höchstens ein »genügend« bekommen. Er bewahrt das System vor dem Zusammenbruch, er leistet bei Weitem aber nicht das Notwendige. Notwendig wären spürbare Arbeitsentlastungen und das Ermöglichen

wären spürbare Arbeitsentlastungen und das Ermöglichen



- ▶ von Qualitätssteigerung! Diese Bewertung ist jedoch auf ein »ungenügend« zu korrigieren, wenn folgende drei gewichtigen Punkte in die Bewertung einfließen:

Erstens: Für die inklusive Beschulung werden die notwendigen Voraussetzungen nicht geschaffen. Die Senatorin verlautbart, dieses Thema müsse mangels Finanzierungsmöglichkeit auf 2016 verschoben werden. Hier wird jedoch die Realität an vielen Schulen ausgeblendet! Die PädagogInnen, die bereits jetzt inklusiv arbeiten (Projekte, Schulversuche, inzwischen vielfach von der Grundschule in die Oberschule aufwachsend), werden von der Senatsverwaltung in dieser Situation allein gelassen. Die Inklusionsklassen sind da, notwendige Gelingensbedingungen fehlen; dadurch wird Engagement in Überforderung, in Frustration und schließlich in Abwehr münden. Ein unhaltbarer Zustand.

Zweitens: Die inzwischen immense Anzahl angestellter Lehrkräfte (9.000) fordert mit Recht ihren Anspruch auf tarifliche Regelung ihrer Eingruppierung und damit Bezahlung ein, wobei dem Grundsatz »Gleiche Arbeit – gleiches Geld« weitgehend entsprochen werden muss. Aber aus Haushaltsgründen bewegt sich der Senat hier keinen Schritt vorwärts.

Drittens: Die Arbeitsverdichtung ist in den vergangenen Jahren derart angewachsen (weniger verfügbares Personal, mehr Aufgaben), dass Arbeit krank macht. Entlastung bei hoher Belastung – auch in früheren Berufsjahren, Altersteilzeit und Altersermäßigung sind ernsthaft zu prüfen. Berlin hat bislang als einziges Bundesland keine Altersermäßigung gewährt. Nun soll es eine Altersermäßigung geben. Erpresst mit einer Arbeitszeiterhöhung um acht Arbeitstage (5 AZK, 2 zusätzliche Arbeitstage am Feriende, einen »freien Bögertag« vom Ferienbeginn, der vom Kollegium abgefangen werden muss). Das sind bei knapp 200 Schultagen vier Prozent Arbeitszeiterhöhung in einer Situation, in der es um Entlastung gehen muss. Das bejubelt die Senatorin in der Öffentlichkeit als eine Maßnahme zur Steigerung der Attraktivität des LehrerInnenberufes. Zusammen mit der

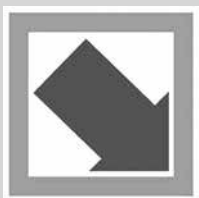
kompensationslosen Streichung der Arbeitszeitkonten für seit Jahren höhere Arbeitszeiten ist das aus gewerkschaftlicher Sicht ein skandalöser Betrug. Damit werden die Lehrkräfte einmal mehr zur Sanierung des Haushaltes missbraucht. Das verdient eine klare Abwertung.

Schuldenbremse erweist sich als Bildungsbremse

Aus Sicht der Bildungsgewerkschaft ist dieser Haushalt nichts anderes als die Fortsetzung einer schlechten Politik mit ungenügenden Mitteln. Eine schlechte Politik deshalb, weil sie das Notwendige nicht leistet. Das Notwendige muss sich an den Bedürfnissen der Menschen ausrichten, für die Politik gemacht wird. Der Staat und damit der Haushalt muss in die Lage versetzt werden, die Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge tatsächlich erfüllen zu können. Dazu gehören neben der Bildung noch viele andere Bereiche, über deren personelle und Finanz(unter)ausstattung hier ebenso detailliert berichtet werden könnte. In der Realität sind nicht die öffentlichen Aufgaben der Ausgangspunkt der Haushalterstellung, es ist vielmehr das begrenzte und viel zu enge Finanzkorsett, das sich durch einen unstillbaren Schuldenstand und durch eine politisch gesetzte Schuldenbremse definiert. Daraus resultieren die ungenügenden Mittel. Der Fehler liegt im System. Er ist politisch erzeugt und lässt sich auch nur politisch korrigieren.

Zwei Wege sind gangbar und für beide setzt sich die GEW ein. Der eine Weg: Die Schuldenbremse gehört wieder abgeschafft! Sie ist makroökonomisch falsch, sie nützt dem europäischen Finanzkapital und schadet den Menschen in Europa. Der Beschluss des GEW-Gewerkschaftstages ist da ganz eindeutig. Der andere Weg: Die Einnahmeseite muss verbessert werden. Die steuerpolitischen Kniefälle zugunsten der Wohlhabenden haben in den vergangenen 20 Jahren eine beispiellose Ungleichverteilung der Vermögen möglich gemacht. Die 60 Milliarden Euro Schulden Berlins sind peanuts im Vergleich zur Verschuldung der Bundesrepublik mit 2.100 Milliarden Euro. Diese Staatsschulden sind das Ergebnis einer jahrelangen Umverteilungspolitik von unten nach oben. Ihnen steht die vierfache Summe von 8.000 Milliarden Euro Nettoprivatvermögen gegenüber. Die GEW hat ein sozial gerechtes Steuerkonzept vorgelegt. Wir unterstützen zudem die Initiative UmFairteilen und deren Vorschläge für eine gerechte Umverteilung des immensen Reichtums. Vermögensabgabe und Reichensteuer sind Kernbestandteile der Vorschläge.

Und was macht man nun mit einem Haushalt, mit dem die Aufgaben des Landes im Interesse seiner Bürger nicht oder schlecht oder kaum noch erfüllt werden können, weil die Decke in jedem Fall zu kurz ist? Man kann ihm nicht zustimmen! ■



Der Guru wird's nicht richten

LehrerInnen gelten auf einmal als die neuen Heilsfiguren in der Schulpolitik

von Bernd Kramer, Inlandsredakteur der taz

Die 9a der Johannes-Schule im schwedischen Malmö war allen Vergleichstest zufolge eine der schlechtesten Klassen des Landes. Doch dann kam er: Stavros Louca, Mathematiklehrer, ein Superpauker. Innerhalb eines Jahres führte er die Klasse aus dem Leistungskeller an die Landesspitze. In der Bildungsdebatte gibt es eine neue Losung: Nicht die Schulstruktur, nicht die Jahre des gemeinsamen Lernens oder die Zahl getrennter Bildungswege sind die entscheidenden Stellschrauben im System. Es kommt auf LehrerInnen wie Stavros Louca an. Gestützt wird diese Auffassung durch ein jüngst auf Deutsch erschienenenes Mammutwerk des neuseeländischen Bildungsforschers John Hattie (»Lernen sichtbar machen«, Schneider Verlag, 28 Euro). In jahrelanger Fleißarbeit hatte Hattie 800 Studien zum Lernerfolg von Schülern gesichtet. Mit dem Ergebnis: Der statistisch bedeutsamste Effekt geht auf Lehrer und ihr Tun zurück. Mit dieser Botschaft reist Hattie seither zu Vorträgen um die Welt, auch die hiesigen Kultusminister haben sich sein Werk erklären lassen.

Die deutsche Bildungsreligion

Seither rufen besonders konservative Bildungspolitiker die LehrerInnen als neue Heilsfiguren aus, sie werden zur Ursache und Lösung sämtlicher Notstände im System erklärt. »Eltern, Schüler und Lehrer sind die ewigen Struktur- und Reformdebatten leid«, sagte kürzlich etwa Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU). »Es kommt ihnen auf die Qualität des Unterrichts an.« Das Tückische dieses Mantras ist, dass es auf den ersten Blick so einleuchtend ist



Die Lehrkraft als charismatische Einzelpersönlichkeit

FOTO: BERT BUTZKE

und so irreführend auf den zweiten.

Erinnerungen an die eigene Schulzeit sind Erinnerungen an LehrerInnen, die prägend waren, nicht an die unsichtbaren, abstrakten Prägungen durch Schulstrukturen. Man denkt zurück an LehrerInnen, die einem die Physik vergrätzt haben, oder solche, die Mathematik wie einen Krimi zu vermitteln wussten.

Das LehrerInnen-Argument spielt einer deutschen Besonderheit in die Hände: Das Bürgertum leistet sich hierzulande von jeher eine Verklärung, die Bildung als etwas fast Religiöses betrachtet, fern den Zwängen und Zwecken reiner Ausbildung. Das Bild von der Lehrperson als Guru fügt sich hier nahtlos ein. Abiturienten dürften ihren prägenden Lehrern weit häufiger nachtrauern als jemand, der mit Ach und Krach den Hauptschulabschluss geschafft hat.

Damit kein Missverständnis aufkommt: Natürlich ist nichts gegen guten

Unterricht zu sagen. Jedem Schüler sind LehrerInnen zu wünschen, die ihr Handwerk verstehen. Fatal ist aber die maßlose Glorifizierung, mit der jede Strukturdebatte für obsolet erklärt werden soll. Die Beschworung charismatischer Einzelpersönlichkeiten bedeutet letztlich, dass sich die Bildungspolitik selbst aufgibt. Was bleibt zu gestalten, wenn die Zukunft in den Händen einzelner Virtuosen liegen soll?

Durchlässig nach unten

Es kommt eben doch auf die Struktur an. Auch die viel zitierte Mammutstudie Hatties lässt nicht den Schluss zu, dass man das deutsche Schulsystem unangestastet lassen muss. Hatties Daten stammen fast durchweg aus Ländern mit einer Einheitsschule. Wenn Hattie Änderungen der Schulstruktur für wenig

► wirksam erklärt, argumentiert er aus der umgekehrten Position: Schüler nach ihrer Leistung zu trennen bringt kaum etwas für ihren Lernerfolg, so sein Ergebnis – dafür geht ein solcher Schritt aber mit massiven Gerechtigkeitseinbußen einher. Das ist eher eine Warnung vor der Einführung eines gegliederten Schulsystems im Ausland als ein Argument gegen dessen Abschaffung in Deutschland.

Die Frage nach den Qualitäten einer Lehrkraft und ihres Unterrichts kann man nicht von der Schulstruktur lösen. Hattie destilliert Kriterien heraus: Eine gute Lehrkraft ist einer, der hohe Erwartungen an seine Schüler hat, der es jedem zutraut, das gesteckte Ziel zu erreichen, der seinen Unterricht klar gestaltet und den Schülern die Angst vor Fehlern nimmt. Das deutsche Schulsystem suggeriert seinen Bediensteten eher die Idee angeborener unveränderlicher Begabungen; die Struktur durchkreuzt pädagogische Ideale, die LehrerInnenstudien wie die von Hattie propagieren. Es verwundert nicht, dass Schulen hierzulande nur in einer Richtung durchlässig sind: nach unten. Wer das Klassenziel

nicht erreicht, geht auf die Real- oder Hauptschule ab. Für LehrerInnen ist es in diesem System zu bequem, keine gute zu sein.

Vorsichtige Entscheidungen

In der Debatte über die Bedeutung von LehrerInnen bringen Bildungskonservative mutwillig verschiedene Ziele durcheinander. Studien wie die von Hattie untersuchen, welche Faktoren den größten Einfluss auf den Kompetenzerwerb eines Schülers haben – und kommen naheliegenderweise auf die Lehrkraft. Sie untersuchen allerdings nicht, welche Stellschrauben darüber entscheiden, wie gerecht ein Schulsystem ist.

Unzählige andere Studien belegen, wie stark es hier auf die Struktur ankommt: Je früher Kinder auf verschiedene Schultypen verteilt werden, desto deutlicher schlägt die soziale Herkunft durch. Die Gründe dafür sind vielschichtig: LehrerInnen empfehlen ein Arbeiterkind selbst bei gleichen Leistungen seltener fürs Gymnasium als den Sohn oder die Tochter aus gutem Hause.

Eltern ohne Abitur tendieren mangels eigener Erfahrung zu vorsichtigen Bildungsentscheidungen. Im Zweifel schicken sie ihren Nachwuchs lieber auf die Realschule statt aufs Gymnasium.

Vor allem sind vier Grundschuljahre selbst für gute LehrerInnen zu kurz, um die Nachteile auszugleichen, mit denen viele Kinder aus bildungsferneren Schichten ihre Schullaufbahn starten. Es wäre auch verfrüht, Bildungspolitik zur reinen Lehrpolitik zu verkürzen, nur weil nahezu alle Länder vom mehrgliedrigen System abrücken und ihre Haupt- und Realschulen fusionieren. Die Strukturfrage ist damit nicht geklärt. Dass man die Hauptschüler nicht mehr ganz verloren gibt, ändert nichts daran, dass an höheren Lehranstalten weiterhin Arzt- und Professorenkinder unter sich bleiben.

Statt dem vermeintlichen Zauber neuer Heilsfiguren zu erliegen, sollten BildungspolitikerInnen für längeres gemeinsames Lernen streiten. Notfalls, das lehrt der Streit über die längere Grundschule in Hamburg, auch konsequent gegen den Willen der Eltern. Und mit guten LehrerInnen. ■

GUT FÜR AUSREDEN

Auch bei diesem ansonsten sehr leistungswerten Kommentar steht nichts darüber, dass die Hattie-Studie bei Bildungspolitikern aller Couleur wohl vor allem so beliebt ist, weil sie aus dem Schneider sind, wenn es nur auf die Lehrperson ankommt. Dann spielen Ausstattung der Schule, Renovierungszustand, Personalschlüssel, Unterrichtsverpflichtung nach Wochenstunden, Bezahlung und Ausbildung der Lehrkräfte keine Rolle, dann sind die Lehrkräfte schuld, wenn es nicht klappt. Gut an der Hattie-Studie ist die Betonung der Wichtigkeit der Lehrkräfte, schlecht die Sündenbockrolle, die man ihnen zuschreiben kann und wird.

Auch einzelne Aussagen sind zu bezweifeln. Nehmen wir das Beispiel Klassengröße. Hattie sagt, dass es darauf nicht ankomme, und er ist sich darin einig mit allen anderen Studien. Erst einmal widerspricht diese Aussage der praktischen Erfahrung und dem Erleben aller LehrerInnen an jedem Tag. (Das ist wie mit dem Vollmond: Die Wissenschaft sagt, er habe keinen Einfluss auf den menschlichen Organismus, aber die Hälfte der

Menschheit schläft schlechter). Und dann besagt das nur, dass kleine Klassen keine Garantie für bessere Ergebnisse bieten, denn schlechten Unterricht kann man auch mit weniger Schülern machen. Zum Beispiel hat man herausgefunden, dass LehrerInnen, die zu viel reden, zu hohe Sprechanteile haben, in kleinen Klassen eher noch mehr reden als in großen. Außerdem fehlt, wenn eine bestimmte Gruppengröße unterschritten wird, die Vielfalt. Fünf Schweiger in einer Gruppe von Fünfzehn lassen die Lehrkraft ganz schön zapeln und fünf Störer, die alles doof finden, verhindern jeden geordneten Ablauf, weil das Korrektiv durch die Mitschüler fehlt.

Dass bei großen Klassen im mündlichen Unterricht die Sprechanteile des einzelnen Schülers sinken, lässt sich mit einfacher Mathematik beweisen, und dass die Möglichkeiten eines direkten Feedbacks in Form von Belobigung oder auch Fehlerkorrektur bei der Aussprache im Fremdsprachunterricht geringer werden, ebenfalls. Auch die Arbeitsbelastung der Lehrkraft steigt mit der Anzahl der Schüler. Wenn man für die Korrektur eines Deutschaufsatzes 30 Minuten ansetzt, beträgt die Mehrarbeit in

einer Klasse mit 32 Schülern gegenüber einer Klasse mit 26 Schülern drei Stunden. Das gilt für alle Korrekturfächer analog und führt, auf das Jahr gerechnet und bei mehreren Korrekturklassen, zu 200 Stunden Mehrarbeit. Das taucht aber in keiner Statistik auf, weil es nicht gemessen wird. Und wenn die Korrekturen gut und sorgfältig gemacht sind, entsteht auch kein Qualitätsverlust, außer im Privatleben der Lehrkraft. Wenn dagegen in großen Klassen ein handlungsorientierter und individualisierter Unterricht stattfindet, bei dem SchülerInnen sich gegenseitig helfen und sich ergänzen, sind die Ergebnisse besser als in kleinen Klassen, die frontal und lehrerzentriert geführt werden. Dass dann die Lehrkraft über ein größeres Repertoire verfügt und mehr Zeit in die Vorbereitung gesteckt hat, geht unter. Statt dessen lautet das Ergebnis: Kleine Klassen kosten viel Geld und bringen nichts. Das richtige Ergebnis müsste lauten: Sehr fleißige und fachlich versierte Lehrkräfte sind bis zu einem gewissen Grad in der Lage, auch in großen Klassen gute Ergebnisse zu erzielen. *Wolfgang Harnischfeger*

Berlins Oberstufenzentren

Die OSZ platzen zum Schuljahresstart 2013/14 aus vielen Nähten

von Pit Rulff, Schulleiter der Ernst-Litfaß-Schule (OSZ Druck- und Medientechnik)

Mit Abschluss der Klasse 10 beginnt für die Mehrheit der Berliner Jugendlichen das, was man den »Ernst des Lebens« nennt: Sie entscheiden sich, welchen Beruf sie ergreifen, womit sie später ihren Lebensunterhalt verdienen. Eine entscheidende Weichenstellung für die jungen Menschen mit großer Auswirkung. Die mit Abstand größte Zahl, über 80.000 von ihnen lernt nun an einem Oberstufenzentrum, einer berufsbildenden Schule.

Viele Eingänge und Ausgänge

Ein OSZ kann man durch viele Eingänge betreten. Alle SchülerInnen werden dann individuell beraten, welche Bildungslaufbahn zum gewünschten persönlichen Abschluss führen kann. Sie können dann den eigenen Ausgang wählen. Das Angebot ist einmalig, der Erfolg auch: Jedes Jahr verlassen über 30.000 junge Menschen die OSZ mit einem höheren Bildungsabschluss und besseren Chancen auf dem Arbeitsmarkt. In Kooperation mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften sorgen wir dafür, dass für Berlin Angestellte und Facharbeiter zur Verfügung stehen und die Fachhochschulen und Hochschulen mit dem Studierendennachwuchs den Hochschul- und Wissenschaftsstandort Berlins sichern können. Alle SchülerInnen werden gefördert: vom bildungsbenachteiligten Schulabgänger bis zu den AbsolventInnen mit Hochschulzugang. Die OSZ sind bereits erfolgreiche Gemeinschaftsoberschulen: Hier wird die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung zum Wohle des Wirtschafts- und Bildungsstandortes Berlin täglich umgesetzt.

Die Humboldt-Brüder lehrten heute am OSZ

Unser Bildungsbegriff ist universell und umfassend und integriert berufliche und allgemeine Bildung. Er umfasst die

Theorie und die Praxis gleichberechtigt und gleichwertig. Die OSZ fügen in einmaliger Weise vier Bildungssegmente unter einem Dach zusammen: Berufsqualifizierung – Berufsausbildung – Studienqualifizierung und Weiterbildung. Sie sichern dabei die Gleichwertigkeit allgemeiner und beruflicher Bildung und die Verzahnung der Bildungsinhalte aller Schulformen der Oberstufe. Sie sichern die Durchlässigkeit der Bildungsgänge bis hin zur Allgemeinen Hochschulreife und darüber hinaus in den Technikerschulen und Bachelorstudiengängen. Ich wage die These: »Die Humboldt-Brüder wären heutzutage Lehrkräfte an einem Berliner OSZ«

Duale und schulische Berufsausbildung

Die AbsolventInnen schulischer Berufsausbildungen stehen denen aus dem dualen System in nichts nach. Der Berufseinstieg gelingt oft erfolgreicher, weil sie mehr als nur die spezifischen Besonderheiten eines einzelnen Ausbildungsbetriebes kennen. Die schulische Ausbildung basiert auf einer breiten fachtheoretischen und fachpraktischen Grundlage. Durch die enge Verzahnung mit der dualen betrieblichen Ausbildung bekommen die jungen Menschen eine vielseitige und praxisbezogene Ausbildung.

Die beruflichen Schulen sind für die neuen Sekundarschulen (ISS) stabile und erfahrene Partner. Bereits ab Klasse 7 gibt es für die SchülerInnen die Möglichkeit, am OSZ zu hospitieren. Wir garantieren jedem bildungswilligen Schüler, schon vor dem Start in die siebte Klasse einer Sekundarschule, wie und wo er

nach der zehnten Klasse seine Bildungskarriere in einem unserer Bildungszentren fortsetzen kann. Abgestimmte Kooperationen mit Betrieben und Unternehmen im Wirtschaftsraum Berlin und Brandenburg, Projektunterricht in modernen Werkstätten und Laboren sichern den jungen Menschen einen erfolgreichen Übergang in die Beruflichkeit. Für die Qualität der Ausbildung an

den OSZ spricht die Bereitschaft der Hochschulen, für Leistungen in speziellen Bildungsgängen und Berufsausbildungen Credit Points zu vergeben

und diese für ein späteres Studium anzurechnen.

Integration durch Bildung

Die Integration von jungen Menschen nichtdeutscher Herkunft bleibt eine Herausforderung. Kein Schulzweig erbringt eine größere Integrationsleistung für alle in Berlin aufwachsenden jungen Menschen. Dazu gehörte in den letzten 23 Jahren die Ost-West-Integration an allen Standorten und zunehmend auch die generationenübergreifende Integration bei der Weiterbildung. Jugendliche, die im Rahmen des traditionellen Bildungssystems benachteiligt sind, erfahren hier Förderung und Integration in die Gesellschaft. Die Europäische Gemeinschaft wird größer und die Welt rückt enger zusammen. Aus unseren Schulen besuchen jährlich über 2000 junge Menschen 45 andere Länder, machen Praktika, lernen andere Lebens- und Arbeitsweisen kennen und erwerben Zertifikate. Wir machen unsere jungen BerlinerInnen fit für ihre Zukunft in einem europäischen Arbeitsmarkt. Ganze Berufsschulklassen werden als Europa-Klassen eingerichtet. ■



FOTO: PRIVAT

OSZ.BERLIN
Erfolg kommt von hier
www.oberstufenzentrum.de

Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ...

Was Berlin für das Referendariat plant

von Matthias Jähne, Vorstandsbereich Hochschule und LehrerInnenbildung

Es war von Anfang an allen in der schulpraktischen Ausbildung klar, dass ein Jahr Referendariat viel zu kurz ist, um eine ausreichende Vorbereitung auf die Arbeit als LehrerIn zu gewährleisten. Der Zeitplan ist im einjährigen Referendariat so eng, dass kaum Zeit zum Luftholen bleibt. Organisatorisch ist es für die Seminare eine enorme Herausforderung, weil parallel die LehreranwärterInnen mit dem »guten alten« Ersten Staatsexamen weiter die zweijährige Ausbildung absolvieren.

Daher ist es richtig und überfällig, dass dieser Fehler bei der Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge in der LehrerInnenbildung 2004 jetzt korrigiert wird. Voraussichtlich ab dem Einstellungstermin August 2014 werden alle ein 18-monatiges Referendariat in Berlin absolvieren – unabhängig vom Abschluss Master oder Erstes Staatsexamen und unabhängig von ihrem Lehramt. Das entspricht auch der Entwicklung in vielen anderen Bundesländern. Zusammen mit dem »großen Master« wird es dann künftig eine einheitlich lange Ausbildungsdauer für alle LehrerInnen geben, was die GEW BERLIN seit 2004 fordert.

Soweit die gute Nachricht. Aber der Entwurf des neuen LehrerInnenbildungsgesetzes sieht für den Zugang zum Referendariat eine Reihe von grundlegenden Änderungen vor, die sehr problematisch sind. Zum Beispiel die erneute Einführung einer Mangelfachquote bei der Vergabe der Referendariatsplätze. Eine ähnliche Regelung wurde bereits 2009 ins Gesetz aufgenommen, aber nach massenhaften und gewonnenen Klageverfahren, die die GEW BERLIN für ihre Mitglieder geführt hatte, wurde diese Mangelfachquote im LehrerInnenbildungsgesetz

nach drei Jahren wieder gestrichen. Die Auswahl nach bestimmten »Mangelfächern« ist schlicht und einfach rechtswidrig. Nun soll diese Mangelfachquote in neuem Gewand wieder auferstehen: BewerberInnen mit Fächern, für die ein »dringender fachlicher Bedarf« besteht, sollen bevorzugt einen Referendariatsplatz bekommen. Ein Fach soll dann als »Mangelfach« gelten, wenn in der unmittelbar davor liegenden Einstellungsrunde für den Berliner Schuldienst »keine ausreichende Anzahl« von LehrerInnen mit dem Zweiten Staatsexamen in diesem Fach zur Verfügung stand.

Auswahlverfahren und Verfassung

Übersehen wird dabei, dass man auf das Referendariat / den Vorbereitungsdienst einen verfassungsrechtlichen Anspruch nach Artikel 12 Grundgesetz hat, weil der Staat hier das Ausbildungsmonopol besitzt. Wenn es mehr BewerberInnen als freie Plätze gibt, muss ein Auswahlverfahren stattfinden, das den hohen verfassungsrechtlichen Ansprüchen genügt. Es muss nach objektiven und transparenten Kriterien erfolgen. Diese sind bisher Eignung (Note), Wartezeit und bestimmte soziale Gründe. Das jetzt geplante Verfahren ist aber weder objektiv noch transparent: Objektiv deshalb nicht, weil die Feststellung der »Mangelfächer« anhand der letzten Stellenbesetzungen eine reine Momentaufnahme ist. Das Oberverwaltungsgericht hat bereits 2010 darauf hingewiesen, dass dies zur Folge hat, »dass auch ein solches Fach zum Bedarfsmittel erklärt wird, in dem gegenwärtig nur einzelne Stellen im Berliner Schuldienst nicht besetzt werden können, ein gravierender

Lehrermangel also nicht besteht und auch keine Verschärfung der Mangelsituation droht«. Wenn also zufällig eine Stelle mit dem Fach Latein nicht besetzt werden konnte, ist Latein dann Mangelfach?

Transparent ist es deshalb nicht, weil die BewerberInnen frühestens sechs Wochen nach dem Bewerbungstermin erfahren, ob ihr Fach ein »Mangelfach« ist und sie damit größere Chancen auf einen Referendariatsplatz haben. Die Auswahlkriterien müssen aber von vornherein klar sein.

Außerdem ist eine Auswahl nach bestimmten »Mangelfächern« auch deshalb abzulehnen, weil es sich hier um den zweiten und zwingend für alle angehenden Lehrkräfte zu absolvierenden Teil der Ausbildung handelt und nicht um die Abdeckung eines aktuell vorhandenen Unterrichtsbedarfs. Auch mit den beliebten Fächern wie Deutsch, Geschichte, Englisch gehen in den nächsten Jahren massenhaft Lehrkräfte in den Ruhestand. Der Nachwuchs muss ausgebildet werden. Wenn die Senatsverwaltung nicht erneut gerichtliche Auseinandersetzungen mit allen negativen Folgen für die Organisation des Referendariats provozieren will, muss sie diese Regelung streichen.

Wichtig und richtig ist dagegen, dass künftig nur noch die Note des Masterabschlusses bei der Auswahl berücksichtigt wird und nicht mehr wie bisher zu gleichen Teilen die Note des Bachelorabschlusses. Es muss aber auch klar sein, dass ein Auswahlverfahren nur nötig ist, wenn es weniger Referendariatsplätze gibt als BewerberInnen. Das ist zurzeit fast »nur noch« in der aktuellen Studienratslaufbahn mit allgemeinbildenden Fächern der Fall. In der letzten Einstel-



FOTO: PRIVAT

lungsrunde Ende Juli 2012 sind am Ende 370 BewerberInnen leer ausgegangen. Wenn Berlin die Ankündigung wahr macht, im Haushaltsplan 2014/15 nochmals 500 zusätzliche Referendariatsplätze zu finanzieren, würde das nach heutigem Stand rein rechnerisch für alle BewerberInnen ausreichen..

Referendariat auch berufsbegleitend?

Wie bisher wird Berlin auf sogenannte QuereinsteigerInnen zurückgreifen müssen, wenn es für bestimmte Fächer keine ausgebildeten Lehrkräfte gibt. Quereinsteiger müssen nach ihrer unbefristeten Einstellung zwingend berufsbegleitend das Referendariat absolvieren. Darauf hat die GEW BERLIN bei Einführung der »Quereinsteigs-Regelung« im Jahr 2005 gedrungen, um die pädagogische und fachliche Qualität des Unterrichts sicherzustellen. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass künftig auch AbsolventInnen von Fachhochschulen der Quer-

einstieg ermöglicht wird. Das ist folgerichtig, weil Masterabschlüsse von Fachhochschulen und Universitäten gleichwertig sind. Generell soll es dabei bleiben, dass QuereinsteigerInnen immer ein zweites Fach »mit angemessenem Studienumfang« nachweisen müssen. Für diejenigen, die in der Grundschule dauerhaft als QuereinsteigerInnen eingestellt werden, sollte aus Sicht der GEW BERLIN auf das zweite Fach verzichtet werden. Völlig ungeklärt ist immer noch, wie Berlin mit den Lehrkräften umgehen will, die zum Teil seit Jahren immer wieder mit Fristverträgen zur »Vertretung« eingestellt werden, aber nicht das vermeintliche Mangelfach haben, um dauerhaft mit berufsbegleitendem Referendariat übernommen zu werden.

Wenn Berlin an seiner Personalpolitik festhält, die Schulen nur zu 100 Prozent auszustatten und alles andere über befristete Vertretungsverträge abzudecken, muss es auch diesen Lehrkräften eine Chance geben, dauerhaft im Schuldienst Fuß zu fassen. Deshalb fordert

die GEW BERLIN, dass befristet beschäftigte Lehrkräfte mit entsprechenden Hochschulabschlüssen der Zugang zum berufsbegleitenden Referendariat eröffnet wird. Gleiches gilt für die zunehmende Zahl an muttersprachlichen Lehrkräften, die Berlin in Grundschulen zum Unterricht von SchülerInnen mit Migrationshintergrund einstellt.

Ein guter Diplommathematiker ist noch lange kein guter Mathematiklehrer. Deshalb muss für das berufsbegleitende Referendariat von »QuereinsteigerInnen« auch mehr Zeit zur Verfügung stehen. Die jetzige Ermäßigung um sieben Unterrichtsstunden ist zu gering. Die GEW BERLIN fordert, dass im LehrerInnenbildungsgesetz eine Ermäßigung um jeweils die Hälfte der regulären Unterrichtsverpflichtung verankert wird.

Wir gehen fest davon aus, dass unsere Argumente und Vorschläge in die Beratungen zum Gesetzentwurf einbezogen werden, weil sie auf eine Verbesserung der Qualität der Ausbildung und letztlich des Unterrichts abzielen. ■

ANZEIGE



Krankenversicherungsverein a. G.

Unser Verein auf Gegenseitigkeit – besser als jede Bürgerversicherung

Wir sind solidarisch, leistungsstark und bieten auch im Alter bezahlbare Beiträge.

Größte Selbsthilfeeinrichtung des öffentlichen Dienstes auf dem Gebiet der Krankenversicherung



Landesgeschäftsstelle Berlin

**Dominicusstraße 14
10823 Berlin
Telefon (0 30) 7 88 06 - 0**

www.debeka.de

anders als andere



Der CDU liebstes Kind

Ein eigenes Gymnasiallehramt geht an der Realität vorbei



FOTO: PRIVAT

von Laura Pinnig, Leiterin des Vorstandsbereiches Hochschulen und LehrerInnenbildung

Im Juni 2013 hat die Senatsbildungsverwaltung ihren Entwurf für das neue Lehrerbildungsgesetz (LBiG) in einem Punkt geändert. Nun heißt es in Paragraph 5, Absatz 3: »Das Studium für das Lehramt an Integrierten Sekundarschulen und Gymnasium [...] erfolgt in zwei verschiedenen Masterstudiengängen, die sich durch die Gestaltung des Praxissemesters und die Wahl der Ausbildungsschule im Hinblick auf die Anforderungen an der Integrierten Sekundarschule oder am Gymnasium unterscheiden.« Vermutlich auf Druck der CDU wurde die vorherige Kann-Bestimmung durch eine Muss-Bestimmung ersetzt und damit das eigenständige Gymnasiallehramt festgeklopft.

In ihrem Wahlprogramm für die Berliner Abgeordnetenhauswahl 2011 nennt die CDU das Gymnasium »die tragende Säule unseres Bildungssystems«. Es ist daher nicht erstaunlich, dass sie ein eigenständiges Gymnasiallehramt fordert. Erstaunlich jedoch ist, dass sie sich damit bei der SPD-geführten Senatsbildungsverwaltung durchsetzen konnte. Denn auch die von der Senatsbildungsverwaltung beauftragte Baumert-Kommission spricht sich in ihren Empfehlungen sehr deutlich für ein gemeinsames Lehramt für ISS und Gymnasium aus und sieht »keine guten Gründe, die eine Niveauabstufung [...] rechtfertigen könnte.«

Kein Abitur zweiter Klasse

Doch ob nun als Kann- oder Muss-Bestimmung, schon im Grundsatz ist dieser Absatz im Gesetzesentwurf falsch und geht an der Realität in den Schulen vorbei. Denn mit der Strukturreform 2010/11 wurden Haupt-, Real- und Gesamtschulen zu Integrierten Sekundarschulen (ISS), die auch zum Abitur führen. Lediglich die Dauer der gymnasialen Oberstufe unterscheidet sich: am Gymnasium sind es zwei, an der ISS drei Jahre. Die fachlichen Anforderungen an

die dort unterrichtenden Lehrkräfte sind identisch, weshalb es nur folgerichtig ist, sie auch gemeinsam auszubilden. Die SchülerInnen müssen an allen Oberschulen von qualifizierten Lehrkräften unterrichtet werden. Ein Abitur zweiter Klasse darf es nicht geben!

Fachlehrkräfte für die ISS werden dringend gebraucht. Die Zahl der Studierenden, die sich für das alte Sekundar I-Lehramt entscheiden, ist in den letzten Jahren dramatisch zurückgegangen. Dadurch wird es zunehmend schwerer, freie Stellen an den ISS zu besetzen. Davon besonders betroffen sind Schulen in Randlagen und Brennpunktquartieren. Zu befürchten ist, dass sich diese Situation durch die geplante Beibehaltung eines eigenständigen Gymnasiallehramts noch verschärfen wird. Denn bei der Wahl des Studiengangs sind die Erwartungen, die die Studierenden mit einem bestimmten Lehramt verbinden durchaus tragend. Viele gehen von ihrer eigenen Bildungsbiografie aus und erhoffen sich am Gymnasium eine »umgänglichere« Schülerschaft. Doch die Praxis zeigt, dass die Schülerschaft an den Gymnasien – auch in Bezug auf ihre fachlichen Leistungen – immer hetero-

gener wird. Außerdem werden Gymnasiallehrkräfte im Zuge der Inklusion vor neuen, pädagogischen Herausforderungen stehen, denen ein stark fachwissenschaftlich ausgerichtetes Studium nicht gerecht werden kann. Wir dürfen uns nicht über den Praxisschock von BerufseinsteigerInnen wundern, solange den Studierenden die heile Welt der Leistungskurse vorgegaukelt wird. Dass man auch heterogene Lerngruppen erfolgreich zum Abitur führen kann, haben die Berufsbildenden Schulen schon lange bewiesen.

Dass die Abschaffung des eigenständigen Gymnasiallehramts nicht ohne Proteste verlaufen würde, hat wohl auch die Baumert-Kommission kommen sehen und gehofft, dass »keine ideologische Debatte über Lehrämter erwächst«. Doch schon wird das Gespenst des »Einheitslehrers« an die Wand gemalt. Während sich auf der Landesdelegiertenversammlung der GEW BERLIN im Mai eine deutliche Mehrheit gegen die Spaltung des Lehramtes in Sekundarschul- und Gymnasiallehrkräfte ausgesprochen hat, wurde diese Frage auf dem Gewerkschaftstag in Düsseldorf sehr kontrovers diskutiert. Streitpunkt ist dabei unter ande-



Ein kluger Schachzug?

FOTO: ALMEIDO/FOTOLIA

rem die Verteilung von fach- und bildungswissenschaftlichen sowie fachdidaktischen, sonderpädagogischen und praktischen Anteilen. Nach einem langen Austausch wurde dann die Forderung beschlossen, den Umfang der Bildungswissenschaften an den Studieninhalten zu erhöhen. Zudem lehnt der Beschluss eine Ausrichtung der LehrerInnenbildung an Schulformen ab.

Kritik am Oberstufenlehramt unbegründet

Ein Blick in die Baumert-Empfehlungen zeigt, dass die Kritik am Oberstufenlehramt unbegründet ist. Mit je 100 Leistungspunkten (LP) in den Fächern, plus je 10 LP für das Praxissemester bleibt

der Anteil der fachlichen Ausbildung nahezu gleich hoch. Im jetzigen Studium für das Gymnasiallehramt sind es 211 beziehungsweise 221 LP. Der Gesetzesentwurf sieht nun vor, dass sich die Studierenden im Masterstudium zwischen dem Gymnasium und der ISS entscheiden. Sie werden dann vermutlich in der gewählten Schulform ihr Praxissemester absolvieren. Ob sie das dann ausschließlich in der gymnasialen Oberstufe oder den Klassen 7-10 machen, müssen die Universitäten festlegen. Es wird ihre große Aufgabe sein, beide Masterstudiengänge attraktiv zu gestalten, damit sich wieder mehr Studierende für die ISS-Laufbahn entscheiden. Ansonsten wird das Aussterben dieses Studiengangs nicht mehr aufzuhalten sein.

Denn gleich welche Änderung in der LehrerInnenbildung beschlossen wird, wirksam wird sie erst Jahre später. Deshalb wäre es nicht nur wichtig, das Gesetz bald auf den Weg zu bringen, sondern auch die neuen Masterstudiengänge. Das sieht der Entwurf so leider nicht vor. Gelten sollen die Änderungen erst für den Bachelor.

So wird Zeitdruck voraussichtlich das Totschlagargument sein, dem die sozialdemokratischen Abgeordneten die Stirn bieten müssen, damit das gemeinsame Oberschullehramt doch noch eingeführt wird. Erich Kästner, der selbst einst sein Lehramtsstudium abbrach, sagte: »An allem Unfug, der passiert, sind nicht etwa nur die schuld, die ihn tun, sondern auch die, die ihn nicht verhindern.« ■

Hier wird getrennt, was zusammengehört

Das gesonderte Lehramt für die Grundschule ist ein Fehler

von Christine Sauerbaum-Thieme, Seminarleiterin a.D.

Die Senatsschulverwaltung hat ihren Entwurf für ein neues LehrerInnenbildungsgesetz vorgelegt. Eine wesentliche Änderung ist die Einführung eines gesonderten Lehramtes für die Grundschule, weil »...sich die Tätigkeitsanforderungen an die Lehrkräfte an Grundschulen deutlich von den Aufgaben einer Lehrkraft an den anderen, weiterführenden Schularten unterscheiden« (Begründung im Entwurf).

Diese Argumentation ist nur bedingt nachvollziehbar. Ein Beispiel: Wenn ab Klasse 3 Englisch unterrichtet wird, bedeutet dies, dass mit Klasse 6 das vierte Lernjahr erreicht ist. Gerade die in der Erstbegegnung mit einer Fremdsprache zu legenden Zugänge bedürfen einer deutlichen fachlichen und fachdidaktischen Reflexion! Eine Französischlehrerin (Lehramt ISS und Gymnasium) erteilt auch Unterricht im ersten bis vierten Lernjahr, die fachlichen und fachdidaktischen Anforderungen sind also durchaus vergleichbar. In dem neuen Grundschullehramt können neben Mathematik und Deutsch alle anderen Fächer aber nur als drittes Fach belegt werden. Damit besteht

die Gefahr, dass weder die beiden verpflichtenden Fächer noch die Fremdsprache oder andere Fächer hinreichend fundiert im Studium erarbeitet werden können.

Der Vorzug der bisherigen Lehrämter L1 und L2 bestand darin, dass die Unterrichtsbefähigung für die Klassenstufen 1 bis 10 den Übergang von der Grund- in die Oberschule berücksichtigt hat, also LehrerInnen an den Oberschulen sich auch in Fragen der Lernpsychologie, der Didaktik und Methodik der Grundschule auskennen und umgekehrt. Nur wenn der Unterricht im Kontext der weiterführenden Perspektive für die Lerngruppe konzipiert ist, wird für die SchülerInnen der Übergang erleichtert.

Durchlässigkeit fällt weg

Während meines eigenen Referendariats in der 70er Jahren war es nicht unüblich, dass KollegInnen in der Ausbildung zur L2-Lehrkraft an dieser Schule als LehramtsanwärterIn tätig waren, also auch höhere Klassen unterrichteten. Dies führte dazu, dass sie nach dem Zweiten

Staatsexamen im Unterricht der Sekundarstufe II eingesetzt wurden und auch im Abitur tätig sein konnten. Eine solche Durchlässigkeit wird es künftig nicht mehr geben. Und es wird künftig für GrundschullehrerInnen nicht mehr möglich sein, Beförderungsmöglichkeiten an den Sekundarschulen anzustreben. In diesem Zusammenhang sei an die Schwierigkeiten erinnert, die mit der Eingliederung der Lehrer unterer Klassen (LuK) nach 1990 verbunden waren. Auch wenn kein Systemwechsel wie der nach 1990 zu erwarten ist, stellt die einseitige Orientierung der Lehrämter an den Schularten eine starke Einschränkung dar. Es ist durchaus denkbar, dass innerhalb der etwa vierzigjährigen Berufsausübung Schularten neu entstehen und sich auch das Lernen und die Unterrichtsmethoden wandeln. Deshalb wäre es wünschenswert, dass ein Lehramt für die Primarstufe und die Sekundarstufe I geschaffen wird, analog dem Lehramt für die Sekundarstufe I und Sekundarstufe II. Dann hätten beide Lehrämter den Übergang in die jeweils nächsthöhere Bildungsstufe im Blick! ■



FOTO: PRIVAT

Der Kita-Ausbau hinkt der Nachfrage hinterher

Im August 2013 trat die Betreuungsgarantie für Kinder über einem Jahr in Kraft

Interview mit dem WSI-Forscher Eric Seils

Haben auch andere Länder in Europa eine Betreuungsgarantie für Kinder unter drei Jahren?

SEILS: Einen individuellen Rechtsanspruch, wie er in der Bundesrepublik im August Wirklichkeit werden soll, findet man in den nordischen Ländern. In Finnland besteht dieser Anspruch für alle Kinder. In Dänemark haben alle Kinder ab einem Alter von 26 Wochen ein Recht auf einen Betreuungsplatz. In Norwegen und Schweden gilt das wie bei uns für Kinder ab einem Jahr. In Island gibt es zwar keinen individuellen Rechtsanspruch, aber die Kommunen sind verpflichtet, ein bedarfsgerechtes Angebot vorzuhalten.

Erreichen wir im August in Sachen Kleinkindbetreuung also das nordische Niveau?

SEILS: Die Betreuungsgarantie für Kleinkinder stellt ein ehrgeiziges Ziel dar. Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass es sich bei der Betreuungsgarantie in Deutschland lediglich um eine Garantie für einen Teilzeitplatz handelt. In Schweden sind die Kommunen verpflichtet, Kinderbetreuung in dem Umfang zu erbringen, wie dies von den Eltern gewünscht wird. Dort wird Kinderbetreuung sogar in der Nacht angeboten. In Norwegen, Island und Dänemark erfolgt die Betreuung ganz überwiegend in Vollzeit. Die Kleinen werden also im August keineswegs eine Betreuungsinfrastruktur auf nordischem Niveau vorfinden.

Vielerorts werden Zweifel daran laut, ob im August überhaupt genug Plätze vorhanden sind, um die Betreuungsgarantie auch umzusetzen. Ist das zu schaffen?

SEILS: Ich denke, es wird sehr knapp. Es ist zu befürchten, dass es nicht überall gelingt, eine bedarfsdeckende Versorgung sicherzustellen, weil dazu seit März

2012 mehr Plätze hätten geschaffen werden müssen als in den vier Jahren davor zusammen.

Worauf beruht diese Einschätzung?

SEILS: Dass die Nachfrage nach Betreuungsleistungen für diese Altersgruppe steigt, sehen wir bereits an der Entwicklung in Deutschland. Als auf dem Krippengipfel 2007 die Betreuungsgarantie ins Auge gefasst wurde, plante man für 2013 mit 750.000 Plätzen für 35 Prozent aller Kinder. Heute geht man von einem Bedarf von 780.000 Plätzen für 39 Prozent der Kinder aus. Die Erfahrungen anderer westeuropäischer Länder zeigen, dass ein steigendes Angebot an Kinderbetreuung zu einer wachsenden Nachfrage führt. Dafür gibt es mehrere Ursachen: Erstens verschieben sich mit der wachsenden Inanspruchnahme formaler Kinderbetreuung die Normen. Typischerweise dehnt sich die Nutzung der Kinderbetreuung von den älteren auf die jüngeren Kinder aus. Mit der Verbreitung steigt dann die soziale Akzeptanz. Schließlich gilt es als unschicklich, sein Kind nicht in den Kindergarten zu geben. Zweitens zeigt das dänische Beispiel, dass Kinder bei wachsenden Betreuungsquoten außerhalb von Betreuungseinrichtungen immer weniger Spielkameraden finden.

Das würde bedeuten, dass zukünftig die allermeisten Kleinkinder eine Tagesstätte besuchen. Gibt es da keine Grenze?

SEILS: Der internationale Vergleich lehrt, dass in allen Ländern nur wenige Kinder unter einem Jahr in Kitas oder zu Tageseltern gebracht werden. Bei den Kindern, die ihren ersten Geburtstag bereits gefeiert haben, steigen die Betreuungsquoten hingegen rasch an. Diese Kinder

werden in Zukunft ganz überwiegend einen Kindergarten besuchen. In Dänemark gehen bereits 90 Prozent aller Ein- bis Zweijährigen in eine Kindertagesstätte. Dies deutet darauf hin, dass eine bedarfsdeckende Betreuungsquote in Deutschland nicht – wie von der Bundesregierung angenommen – bei 39 Prozent, sondern erst bei etwa 60 Prozent erreicht sein könnte.

Das ist eine enorm hohe Zahl ...

SEILS: ... die von der Wirklichkeit in manchen Gegenden Deutschlands schon überholt ist. In Sachsen-Anhalt liegt die Betreuungsquote heute bei 57,5 Prozent. In einigen Kreisen auch darüber. Das Jerichower Land liegt bei der Betreuungsquote der Unter-Dreijährigen bei 63,5 Prozent.

Was haben die Betriebe getan, um dem Mangel an Betreuungsplätzen abzuhelpfen?

SEILS: Trotz der hohen Nachfrage relativ wenig. Betriebskindergärten spielen im Bereich der Kleinkinderbetreuung nur eine untergeordnete Rolle. Nach den aktuellen Zahlen von 2012 werden 10.400 Kinder unter drei Jahren in einem Betriebskindergarten betreut. Das sind gut 2,2 Prozent aller in Tageseinrichtungen betreuten Kleinkinder. Viel aktiver waren da die Eltern. Die Zahl der in Elterninitiativen betreuten Kleinkinder hat von 17.700 im Jahre 2006 auf derzeit 29.000 zugenommen. Das entspricht knapp 6,2 Prozent der betreuten Kleinkinder. ■

Ungekürzt erschienen in Böcklerimpuls Nr. 12/2013. Wir bedanken uns für die Genehmigung zum Nachdruck. Weitere Informationen unter www.boecklerimpuls.de

BLZ-SEITEN

AUSGABE XX

FÜR DAS

SenioRita

ALTERSABHÄNGIG

GEHOBENE ALTER

SEPTEMBER 2013

Erinnern heißt Verstehen

Ein besonderes Geschenk zum Mitgliedsjubiläum: das GEW-Erinnerungsbuch



von Sabine Tietjen, Biografin*

Ein Leben ist immer ein Ganzes. Dazu gehört alles, beginnend beim Augenaufschlag am Morgen. Der Ablauf des Tages in Familie, Beruf; alles, was wir tun und erleben, wirkt auf unsere Empfindungen, die Freuden, die Erfolge, die Misserfolge und die Sorgen des Tages. Alles zusammen wird uns am Abend das Gefühl geben, ob es ein guter Tag war. Von da aus werden die Weichen für den neuen Tag gestellt, den wir entweder freudig oder mit einer Last im Gepäck beginnen.« Dora Fohri im GEW-Erinnerungsbuch

Im GEW-Erinnerungsbuch veranschaulichen Erinnerungen von PädagogInnen aus Ost und West Lebensläufe in beiden deutschen Staaten

Ein Leben ist immer ein Ganzes. Ein Ganzes, das mehr ist, als man in Worte fassen könnte: Die Kindheitsjahre, das Erwachsenwerden, der Beruf, vielleicht Familie; es gab Glück und Unglück, Brücken und Hindernisse, Freude und Schmerz – all das eben, was einen Menschen prägt und ihn ausmacht. Das Wertvollste, was dabei entsteht, ist ein Reichtum an Erinnerungen, die, ein wenig geordnet und formuliert, nicht nur für die Erinnernden selbst, sondern auch für andere Menschen außerordentlich wertvoll sind. Nicht umsonst haben Autobiographien einen solch großen Erfolg auf dem Buchmarkt. Sich zu erinnern, bedeutet, ein Bewusstsein und ein besseres Verständnis dafür zu entwickeln, wie das eigene Leben bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt verlaufen ist,



und dieses Bewusstsein im besten Fall an andere weiterzugeben.

Das ganze Leben ist nicht erzählbar, aber das Wichtigste doch. Es gibt verschiedene Herangehensweisen, um die Erfahrungen, Erlebnisse und Gedanken zu strukturieren. Eine Möglichkeit ist es, sich ein bestimmtes Thema, beispielsweise den beruflichen Lebensweg, als »roten Faden« zu wählen, und davon ausgehend zu erzählen – eine persönliche Form von Geschichtsschreibung, besonders kostbar auch für Menschen, die im gleichen Berufsfeld arbeiten und

möglicherweise sogar einander gewerkschaftlich verbunden sind. Die GEW BERLIN erkannte diesen Wert bereits in den 70er und 80er Jahren, als sie in Zusammenarbeit mit dem aktiven GEW Mitglied Professor Bruno Schonig begann, eine Reihe von »Lehrerlebensgeschichten« herauszugeben.

Diese Tradition wurde Mitte der 90er Jahre von einigen GEW-Mitgliedern auf besondere Weise wieder aufgenommen. Bruno Schonig bot an, sich unter seiner Leitung regelmäßig in einem Erzählkreis zu treffen und sich auszutauschen. Es gab einen besonderen Anlass: Die Wiedervereinigung war erst wenige Jahre her, fast alle TeilnehmerInnen des Erzählkreises kamen aus der DDR. Bruno Schonig und aktive Seniorinnen aus verschiedenen pädagogischen Bereichen trafen sich, um jeweils über einen bestimmten Aspekt ihrer Biographie zu sprechen. Es war nicht nur ein Austausch, sondern eine Reflektion ihrer Leben und ihres Wirkens in der DDR und bei einer Kollegin die Bedingungen in West-Berlin und auch die Auswirkungen des geschichtlichen Umbruchs 1989 und der neuen gesellschaftlichen und persönlichen Situation.

Durch den Tod Bruno Schonigs konnte das Projekt zunächst nicht zu Ende geführt werden, und die Aufzeichnungen lagen einige Jahre lang in der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung »auf Eis«. 2009 entschied die GEW BERLIN, die Rohfassungen zu überarbeiten ▶

► und die Erinnerungen in Buchform herauszugeben. Gemeinsam mit jenen AutorInnen, die der Veröffentlichung zustimmten, wurden ihre Texte redaktionell überarbeitet, teilweise aktualisiert und abgestimmt. Ergänzt wurden sie um drei Beiträge von West-Berliner Kolleginnen und Kollegen; basierend auf Gesprächen, deren Aufbau und Thematik sich an den vorliegenden Berichten orientierten.

Die Veröffentlichung des Erinnerungsbuches war keine leichte Geburt, viele Stunden Arbeit und finanzielle Aufwendungen waren notwendig, um die vorliegende Rohfassung in eine Druckfassung zu bringen. Deshalb beschloss die GEW diese spannenden Texte den Mitgliedern, die ein 50- und 60-jähriges Mitgliedsju-

biläum begehen, als Geschenk zu überreichen. Denn diese Texte sind mehr als »bloße« Erinnerungen. Sie sind ganz besondere Zeitdokumente, da sie am erwähnten »roten Faden« der beruflichen Lebensläufe entlang darüber hinaus immer auch Einblicke in das private Leben der Erzählenden gewähren. Die Lesenden erfahren vom Alltag in der DDR und in der BRD (vor allem in West-Berlin), von Hoffnungen und Sorgen, Freiheiten und Grenzen, Familie und Beruf, privater und öffentlicher Sphäre auf beiden Seiten der Mauer. Durch die Ich-Erzählungen wird das Verständnis von Zusammenhängen erleichtert; »mit den Augen eines anderen Menschen« auf dessen Leben zu blicken, erweitert das Verstehen von Zeitgeschichte. Kindheit

und Jugend im oder kurz nach dem Nationalsozialismus, Vorbilder, die die eigenen Werte prägten, Erlebnisse, die die Berufswahl beeinflussten und nicht zuletzt der (Rück-)Blick auf den Beruf als LehrerIn oder ErzieherIn selbst – all das findet sich in den Erzählungen der zehn PädagogInnen, deren Älteste im Berlin der Weimarer Republik geboren wurde und deren Jüngster seine Kindheit während der Nachkriegsjahre im Schwarzwald verlebte. Das macht die Berichte im GEW-Erinnerungsbuch zu einem zeitgeschichtlichen Schatz. ■

** Sabine Tietjen verfasst nicht nur Biografien, sondern bietet im Rahmen der gewerkschaftlichen Bildung auch Seminare zum autobiografischen Schreiben an. Siehe Seminarprogramm.*

Zwischen Profit und Patientenwohl

Privatisierung von Krankenhäusern: Wenn die Behandlung von Krankheiten zum Geschäft wird

von Konrad Görg, Arzt für Innere Medizin im Universitätsklinikum Marburg

Beim gesundheitspolitischen Montagsgebet sprach Dr. Konrad Görg in der Elisabethkirche Marburg am 1. Oktober 2012. Die Vortragsreihe befasst sich mit den Auswirkungen des Verkaufs des Universitätsklinikums Gießen und Marburg an die private Rhön-Klinikum AG und mit allgemeinen medizinethischen Fragen. Die blz dokumentiert den Vortrag in Auszügen.

Vor genau 33 Jahren begann ich 1979 als junger Assistenzarzt am hiesigen Klinikum. Aber ich werde jetzt keinen jammervollen oder nostalgischen Ton anstimmen, früher sei alles viel besser gewesen. Auch damals gab es große Ungerechtigkeiten, die für viele junge Ärztinnen und Ärzte nur schwer auszuhalten waren, für jeden einzelnen Arzt, der damals wie heute in einem Spannungsfeld zwischen seiner individuellen Fürsorge für die Patientinnen und Patienten und von außen einwirkenden finanziellen Interessen steht.

Ich erinnere mich an den Bürgermeister einer großen mittelhessischen Stadt, der wegen Fieber, Husten und Auswurf in unser Krankenhaus eingewiesen wurde.

Lungenentzündung diagnostizierten wir Ärzte und nahmen ihn stationär auf. Am nächsten Tag schob der Chef der Röntgenabteilung den Bürgermeister im Rollstuhl vorbei an einer langen Warteschlange im Flur in die Röntgenkammer, drückte den jungen Assistenzarzt beiseite, machte persönlich eine Lungenaufnahme und besprach anschließend den Befund in großer Sorgfalt mit seinem Privatpatienten. Nach einer halben Stunde signalisierte der Chef seinem Assistenzarzt, nun doch bitte weiterzumachen und die inzwischen noch längere Schlange endlich »abzuarbeiten«. Der Bürgermeister bedankte sich später in der Presse für die fürsorgliche Behandlung im Krankenhaus. Er könne überhaupt nicht verstehen, dass es Patienten gäbe, die diese Einrichtung kritisch bewerteten.

Jeder sieht nur das, was er sehen kann und sehen will. Und ich frage mich deshalb bis heute: Wird es in unserem Gesundheitswesen jemals eine Veränderung geben, wenn wir unseren Politikerinnen, Politikern und anderen Entscheidungsträgern realistische Erfahrungen

in unseren Krankenhäusern vorenthalten, weil sie Privatpatienten sind? Erfahrungen wie die meines Schwiegervaters vor einem Jahr am hiesigen Klinikum: Er musste vier Stunden im Notfallbereich warten, ohne einen Arzt zu sehen, um sich dann resigniert, geschwächt und verzweifelt einfach davon zu schleichen. Oder die einer Patientin, die auf Geheiß des Oberarztes aus dem Krankenhaus entlassen wurde, um das Zimmer für eine Privatpatientin frei zu machen. Heute würden wir dies zynisch »eine blutige Entlassung« nennen. Wir sehen am Verhalten dieser leitenden Ärzte: Die Scheidewand zwischen Anvertrautsein und Preisgebensein ist hauchdünn. Fürsorge und Willkür liegen nahe beieinander.

Irrweg Privatisierung

Der Unterschied zwischen Privat- und Kassenpatienten ist heute nicht weniger skandalös als in meinen Anfangsjahren. Ein börsennotiertes Unternehmen wie die Rhön-Klinikum AG muss den Spagat zwi-

schen einer guten Krankenversorgung und einer hohen Rendite organisieren, einer Rendite, die die immensen Schulden des Konzerns tilgt und Gewinnausschüttungen an die Aktionäre ermöglicht.

Eine der ersten Maßnahmen nach Übernahme durch den Rhönkonzern war es, aus Kostengründen für jeweils zwei räumlich benachbarte Stationen nachts nur noch eine einzige Pflegekraft einzusetzen anstatt wie bisher zwei Schwestern, die sich bei nächtlichen Problemen unterstützen konnten. Nur bei schwerkranken Patienten gab es die Möglichkeit, für die Nacht aus einem neu angelegten, allerdings chronisch unterbesetzten »Schwesternpool« eine zweite Pflegekraft anzufordern. So auch an jenem Wochenende im Frühjahr 2007, als eine alte, todkranke Patientin aufgenommen wurde. Der »Schwesternpool« war wieder einmal leer. Notgedrungen schob die Nachtschwester die sterbende Frau auf den hell erleuchteten Stationsflur, um sie bei ihren Rundgängen doch noch ab und zu ein wenig im Auge zu haben. In der dritten Nacht auf dem Flur ist sie verstorben.

Nach einem Beschwerdebrief der Stationsärztinnen und -ärzte wurde die Anordnung zur Nachtwache geändert, sodass wieder jede einzelne Station ihre eigene Nachtschwester bekam.

Alle gesellschaftlichen Subsysteme, denen man die Krankenhauskonzerne soziologisch zuordnen kann, werden heute durch den Code »Geld« gesteuert. In einem solchen Subsystem kann Ethik nur bedingt handlungswirksam werden, da der Code »Moral« mit Signalen wie »gut« und »böse« kompatibel ist, aber nicht mit dem Code »Geld«. Mit anderen Worten: Unternehmen, die vornehmlich nach moralischen Überlegungen in unserem Wirtschaftssystem handeln, werden vom Markt gnadenlos mit Untergang bestraft oder zum Objekt der Begierde von Großkonzernen, von »Global Players« der Marktbranche. Alle Krankenhäuser, städtische, staatliche und kirchliche, unterliegen einem zunehmenden Kosten-Nutzen-Kalkül. Unmenschliche Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Stellenabbau, Entlassungen, Ausgliederung in den Billiglohnsektor und Überlastungsanzeigen im Pflegebereich sind die Folge.

Wo bleibt in diesem kommerzialisierten System noch die Zeit für das Gespräch am Krankenbett? Empathie, menschliche Wärme und Fürsorge für den Kranken werden durch einen möglichst reibungs-



losen Service an einem Dienstleistungskunden ersetzt.

Cash Cows und Poor Dogs

Auf diesem Hintergrund droht mit dem neuen System der Abrechnung nach »Fallpauschalen« eine neue schreckliche Form der Zwei-Klassen-Medizin. Seit 2003 erfolgt die Abrechnung stationärer Leistungen nicht mehr über den früheren Krankenhaustagesatz, sondern über eine für die jeweilige Erkrankung des Patienten bundesweit festgelegte Fallpauschale. Damit unterscheidet man nicht mehr vorrangig zwischen lukrativen Privatpatienten und armen Kassenpatienten, sondern zwischen Erkrankungen, mit denen man Geld verdienen kann, und solchen, die zu Verlusten führen.

Cash cows, Kühe, die man melken kann, nennt man in den USA Patienten mit Krankheiten, die mit technisch aufwändigen, finanziell aber einträglichen Maßnahmen wie Hüft- und Kniegelenksprothesen, Nieren- und Knochenmarkstransplantationen. Poor dogs sind Patienten mit Krankheiten, bei denen ein Krankenhaus kein Geld verdienen kann, wo es immer draufzahlen muss: alte Patienten, Patienten mit vielen Krankheiten und chronisch Kranke, Patienten mit chronisch offenen Beinen oder solche, die sich wund gelegen haben. Ein guter Freund, Chefarzt eines nahe gelegenen privaten Krankenhauses, wurde von seinem kaufmännischen Direktor über das Ergebnis der Jahresabrechnung informiert: »Bei 70 Prozent der Patien-

ten konnten wir nach Einführung des Fallpauschalensystems einen Gewinn erzielen, bei 30 Prozent haben wir jedoch deutlich rote Zahlen geschrieben. Nennen Sie mir doch bitte ein wirtschaftliches Argument, warum ich jene Verlustpatienten im neuen Jahr noch aufnehmen und behandeln lassen soll.« Zunächst etwas irritiert antwortete mein Freund: »Das wirtschaftliche Argument bin ich! In dem Augenblick, wo Sie dies machen, kündige ich sofort.«

In einem katholischen Krankenhaus in Mittelhessen weigert sich der leitende Chirurg, notfallchirurgische Maßnahmen wie Verkehrsunfälle oder Knochenbrüche durchzuführen. Er wolle sich auf lukrative Operationen von Hüft- und Kniegelenksprothesen konzentrieren. Dieses Krankenhaus prosperierte nach wenigen Monaten und konnte sogar expandieren. Ein Krankenhaus, das nur noch Cash-Cow-Patienten aufnimmt, kann diesen dann auch eine gute und umfassende pflegerische Betreuung zukommen lassen. Aber eben nur diesen handverlesenen Patienten. Unattraktive Patienten werden in andere Krankenhäuser abgeschoben. Nach Ansicht von Experten wird in zehn Jahren die Hälfte aller hoch spezialisierten Kliniken, die teure, aufwändige und damit äußerst gewinnträchtige Leistungen anbieten, in Form von Aktiengesellschaften geführt werden.

Unser Klinikum in Marburg ist noch immer ein Krankenhaus der Erst- und Maximalversorgung. Bei uns muss und wird jeder aufgenommen, egal ob cash cow oder poor dog. Hier wird niemand abgewiesen. Dass dies so bleiben wird, ist ▶

meine Hoffnung. Hier müssen wir in der Zukunft alle äußerst auf der Hut sein. Außerdem bietet das Fallpauschalensystem die Möglichkeit, durch eine radikale Veränderung der Zeitabläufe in einer Klinik aus poor dogs gewinnbringende cash cows zu machen. Weil Zeit Geld ist, muss alles immer schneller gehen. Die Arbeit wird verdichtet, der Leistungsdruck erhöht, die Liegezeiten werden verkürzt. So kann aus einem Patienten mit einer Lungenentzündung, der nach der Fallpauschalentalohnung ein poor dog ist, bei einem stationären Aufenthalt von lediglich drei Tagen eine lukrative cash cow werden. Vor allem bei älteren Menschen können vorzeitige Entlassungen fatale Auswirkungen haben. Aber es gehört anscheinend zum Wesen unseres ökonomischen Fortschritts, dass er die Schwächsten einer Gesellschaft, die Alten, die Kinder und die chronisch Kranken zuerst schlägt. Ich fasse zusammen:

- Ärzte beginnen zu lernen, dass in einer marktorientierten Medizin die Vorrangstellung des Patienten zunehmend dem Einfluss von Investoren, Bürokraten, Versicherungsgesellschaften und Krankenhausträgern weicht.
- Für uns Marburger geht es um die ganz prinzipielle Frage, ob bisher fürsorglich von der Allgemeinheit verwaltete Bereiche wie Gesundheit, Bildung, Rente, öffentlicher Nahverkehr, Wasser und Energie vom Staat privatisiert werden dürfen und damit der Gier von Shareholder-Value-Vertretern ausgeliefert werden.
- Der Fisch stinkt vom Kopf, von einer Politik her, die die reale Macht in die Hände der Finanzmärkte und in die Hände global agierender Wirtschaftskonzerne gelegt hat und durch eine fragwürdige Steuerpolitik die öffentliche Hand bewusst in die Armut treibt.
- Und persönlich wünsche ich mir, dass ich nie durch ein Teleportalsystem in ein Krankenhaus aufgenommen werde, sondern bei der Aufnahme auf ein Schild treffe, wie es im Foyer der 1784 in Wien errichteten Frauenklinik hing: »Saluti et solatio aegrorum: In diesem Haus sollen die Patienten geheilt und getröstet werden.«

Die hier abgedruckte gekürzte Fassung wurde zuerst in der Zeitung der hessischen GEW »hlz« im Juli 2013 veröffentlicht. Im vollen Wortlaut nachzulesen unter www.nachdenkseiten.de/?p=14621, Audio- und Video-Download sowie Hinweise auf weitere Veröffentlichungen des Autors unter www.konrad-goerg.com



Gemeinsame Aktivitäten im Ruhestand: Besuch der Liebermann-Villa am Wannsee.

FOTO: PRIVAT

SEMINAR »ÜBERGANG IN DEN RUHESTAND«

Übergänge im Leben sind immer mit freudigen Erwartungen und Neugier aber auch häufig mit Unsicherheit oder gar Angst verbunden. Gern möchte man dann vielleicht einfach in den Tag hineinleben – aber wird das denn so einfach gehen? Gibt es nicht PartnerInnen, Eltern oder Kinder, die plötzlich andere Erwartungen haben (»Du hast ja jetzt Zeit!«). Andererseits fehlt die gewohnte Zeitstruktur, es entsteht eine Leere, die neu gefüllt werden muss. Etwas Vorbereitung und Planung ist also auch bei diesem Übergang ratsam.

Im Winter der letzten Jahre hatte sich jeweils eine Gruppe zusammengefunden, um diesen Fragen nachzugehen.

Einige TeilnehmerInnen hatten schon die Erfahrung einiger Wochen in der neuen Freiheit, bei anderen lag der Übergang noch in der Zukunft. Schon diese unterschiedlichen Ausgangspunkte waren Anregung genug, um Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten oder individuelle Wege zu überlegen.

Wir, Monika Rebitzki von den Jungen Alten und ihr Lebensgefährte Reinhard Selka, haben das Konzept des Seminars erarbeitet und erprobt. Im Winterhalbjahr bieten wir wieder sechs monatliche Treffen an für Mitglieder, die sich auf den Berufsausstieg vorbereiten wollen. Infos und Anmeldung für das Seminar unter www.gew-berlin.de. Kontakt auch über Monika Rebitzki (Diplom-Pädagogin/Mediatorin), E-Mail: monika.rebitzki@arcor.de oder Tel.: 4 71 61 74.

Monika Rebitzki

TEILNEHMERINNEN ÜBER IHRE ERFAHRUNGEN MIT DEM SEMINAR

Wir »jungen Alten«, Elke, Marianne, Mechthild und Monika, haben uns auf dem GEW-Seminar »Übergang in den Ruhestand« 2011 kennengelernt und treffen uns seitdem, meist zu viert, in unregelmäßigen Abständen, um gemeinsam Neues und Schönes zu erleben oder anzuschauen. Das ist immer sehr entspannend und ein nachhaltiges Ergebnis des Seminars. Das Seminar hat uns, die wir kurz vor dem oder schon im Ruhestand waren, ein Forum zum Austausch von Wünschen, Fragen, Erwartungen und Plänen für die Gestaltung dieser neuen Lebensphase geboten. Monika und Reinhard strukturierten und moderierten hingebungsvoll, gaben gute Hilfen zur Vernetzung unserer Interessen und Ideen sowie Anregungen und Tipps zu Fragen, wie das Arbeitszimmer ausmisten, den Abschied gestalten und was tun mit der gewonnenen Freizeit und der Freiheit, ganz ohne Stundenplan den Tag so zu gestalten, dass es ein guter Tag wird. Das Foto vom Juni 2013 (siehe oben) im Garten in der Liebermann-Villa am Wannsee beweist, dass dies für uns wieder ein guter Tag war! Ohne das GEW-Seminar hätten wir uns nicht kennengelernt. Da würde uns was fehlen. Jetzt fehlst nur noch Du, liebe zukünftige RuheständlerIn. Die Stühle stehen bereit – übrigens auch im GEW-Chor und in der Singgruppe!

Mechthild

STUDIOCANAL UND NWAIVE PICTURES PRÄSENTIEREN

AFRIKAS TIERWELT ATEMBERAUBEND NAH
IN EINER NEUEN DIMENSION

VORSTELLUNGEN FÜR
SCHULKLASSEN
MÖGLICH!

EIN FILM VON BEN STASSEN

AFRICAN SAFARI 3D



AB 17. OKTOBER IM KINO

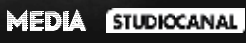




FOTO: PRIVAT

Alle waren da

Die Abteilung Wissenschaft befragte die BundestagskandidatInnen

von Folker Schmidt, Abteilung Wissenschaft

Die Bundestagswahlen stehen vor der Tür und es gehört sich, dass die KandidatInnen von uns gecheckt werden. Also startete im Juli eine Befragung im Grimm-Zentrum der Humboldt-Universität. Die handelnden Personen waren (rückwärts im Alphabet): Lena Rohrbach, Piratenpartei; Mechthild Rawert, SPD; Özcan Mutlu, Bündnis 90/Die Grünen; Helmuth Metzner, FDP; Stefan Liebich, DIE LINKE; Monika Grütters, CDU; hervorragender Moderator war unser Bundesvorstandsmitglied Andreas Keller. Drei Themenkomplexe hatten wir uns vorgenommen: Föderalismus und Kooperationsverbot, Situation der WissenschaftlerInnen und Befristungsrecht, BA-

fög und Studienfinanzierung. Und weil die KandidatInnen die Themen vorher kannten, waren alle gut vorbereitet.

Kooperationsverbot

Seit der Föderalismusreform der Großen Koalition von 2006 (Änderung des Grundgesetzes) sind die Bundesländer im Bereich der Bildungsfinanzierung allein zuständig; es herrscht ein Kooperationsverbot mit dem Bund. Die GEW stellte schon damals die Unsinnigkeit dieser Maßnahme fest (»durch Kleinstaaterei zur Globalisierung«), die verschiedenen Parteien folgten im Laufe der Zeit. Bei der Befra-

gung waren inzwischen alle für eine erneute Grundgesetzänderung. Nur wie?

Die CDU wies darauf hin, dass die Oppositionsparteien das Gesetzesvorhaben im Bundesrat verhindert hätten. Die FDP stellte fest, sie sei damals nicht beteiligt gewesen. Die SPD begründete ihre Ablehnung damit, dass sie eine umfassendere Lösung nicht nur für den Wissenschafts-, sondern inklusive des Schulbereichs gewünscht hätte. Von den Grünen wurde sie unterstützt, weil eine Änderung des Grundgesetzes äußerst wichtige Gründe haben müsse und keinen Flickenteppich produzieren dürfe. Die Piraten wollen das Kooperationsverbot abschaffen, weil das Geld des



FOTO: PRIVAT

Bundes dringend gebraucht werde. Die Linken wiesen darauf hin, dass zwar die FDP damals nicht Mitglied der Großen Koalition gewesen sei, gleichwohl aber der Verfassungsänderung zugestimmt habe. In der nächsten Legislaturperiode wird es – hoffentlich – einen neuen Anlauf geben.

Befristungsrecht

Nachdem der Bundestag 2007 in Bezug auf die Arbeitsverträge die seinerzeitigen Hochschulrahmengesetzparagrafen durch das Wissenschaftszeitvertragsgesetz abgelöst hatte, nahmen die Hochschulen die Gelegenheit wahr: die Vertragsdauern wurden abgesenkt und die Stückelungen nahmen zu. Im »Mittelbau« laufen die Verträge gegenwärtig zu einem hohen Prozentsatz unter einem Jahr.

Auf ihren kürzlich eingebrachten Gesetzentwurf, der viele der von der GEW konstatierten Probleme angepackt hätte, wies die SPD hin. Unsinnig kleine Stückelungen der Vertragslaufzeit würden dadurch verhindert. Die Piraten unterstützten inhaltlich diese Position. Nach ihrer Meinung müssten die Arbeitsverträge solange abgeschlossen werden, wie die Drittmittel bewilligt seien, solange die Qualifizierung der Vertragsinhaber dauere, beziehungsweise solange eine Stellenvertretung erforderlich sei. Auch nach ihrer Meinung müsse die Tarifsperrung fallen, die gesetzlich festschreibt, dass zwischen den Arbeitgebern und Gewerkschaften keine Verträge frei ausgehandelt werden dürfen. Die CDU bevorzugt neuerdings amerikanische tenure-track-Modelle; die Vereinbarkeit von Familie und Beruf müsse hergestellt werden. Darauf, dass für eine Gesetzesänderung die Länder nicht zuständig sind, weil es sich beim Wissenschaftszeitvertragsgesetz um ein Bundesgesetz handle, wurde sie vom Moderator aufmerksam gemacht. Die Linke stellte heraus, schon 2011 Mindestvertragszeiten gefordert zu haben. Im Übrigen sei von allen jetzigen Oppositionsparteien gefordert worden, die Tarifsperrung zu beseitigen. Da es ein Wesenszug der Liberalen ist, für Vertragsfreiheit einzutreten, plädiert auch die FDP für die Aufhebung der Tarifsperrung. Sie wies außerdem darauf hin, dass wegen der besseren Finanzausstattung der Großforschungseinrichtungen (Max-Planck, Leibniz) auch planbarere Vertragslaufzeiten vereinbart werden könn-

ten. Die Grünen meinten, jetzt sei der Bund an der Reihe. Fehler (auch die eigenen) der Vergangenheit seien korrigierbar.

Studienfinanzierung

Nachdem sich die meisten PodiumsteilnehmerInnen als aus Vielgeschwisterfamilien stammend oder aus Familien mit »Migrationshintergrund« oder zumindest als katholisches Mädchen vom Land geoutet hatten, konnte das Problem der Ausbildungsfinanzierung angegangen werden.

Die Linken konstatierten, dass die Studiengebührenwelle passé sei; in keinem Bundesland würden momentan für das Erststudium noch Gebühren gefordert. Allerdings schloss sich ihr Vertreter nicht seiner eigenen Jugendorganisation an, die ein Grundgehalt für Studierende fordert. Vielmehr habe Die Linke 2011 einen BAFöG-Antrag vorgelegt, der grundsätzliche Verbesserungen enthalte.



Andreas Keller (links) vom GEW-Bundesvorstand als Moderator in der Diskussion.

FOTO: PRIVAT

Die FDP strapazierte wieder einmal sinnbildlich das Bild der Verkäuferin, die das Studium des Professorensohns finanziere. Eine bessere Stipendienlandschaft, zum Beispiel in Form der auszubauenden Deutschlandstipendien, sei der richtige Schritt.

Die CDU wies darauf hin, dass laut der jüngsten Studie des Studentenwerks »Arbeiter«-Kinder wesentlich schlechtere Chancen hätten. Man müsse bei der frühkindlichen Bildung ansetzen, diese nachhaltig fördern.

Die SPD stellte fest, dass durch das BAFöG Nachteile ausgeglichen würden, allerdings nicht im ausreichenden Maße. Sie fordere eine Erhöhung des BAFöG-Satzes um drei und eine Einkommensfreibetragserhöhung um fünf Prozent, um

mehr Jugendliche in den Genuss dieser Förderung zu bringen. Im Übrigen müssten auch die Wohnheimplätze um 25.000 Einheiten erweitert werden.

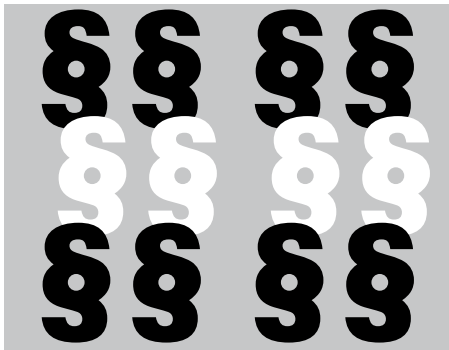
Die Grünen schlossen sich den ersten Forderungen an; eine Erhöhung sei überfällig. Sie hätten zu diesem Zweck ihr Zwei-Säulen-Modell vorgelegt. 200 Millionen zusätzliches Weiterbildungs-BAFöG sei erforderlich. Das BAFöG müsse elternunabhängig bewilligt werden und müsse nicht zurückgezahlt werden. Dem traten auch die Piraten bei. Die Stiftungen förderten im Wesentlichen Kinder von Bessergestellten. Deshalb sei ihre Partei für ein Bildungsgrundeinkommen.

Studienlenkung

Fragen aus dem Publikum, ob nicht 52 Prozent Studierende eines Jahrgangs ausreichten und ob nicht die InteressentInnen mehr in die Richtung von Mangel-fächern dirigiert werden sollten, wurden vom überwiegenden Teil des Podiums so beantwortet: Jeder habe das individuelle Recht auf Bildung (Piraten); die freie Entscheidung über die Berufswahl dürfe nicht eingeschränkt, der Zugang zum Studium nicht gedeckelt werden (SPD); jedeR, die/der die Begabung habe, solle studieren können. Das sei eine Gerechtigkeitsfrage (Grüne); die seinerzeitige sozial-liberale Koalition habe immerhin die Bildungsinitiative gestartet und »die Hochschulreife beginnt im Kindergarten« (FDP); wer studieren will, soll es können. JedeR solle dies selbst entscheiden (Linke).

Die CDU wich von dem Trend etwas ab, indem sie darauf hinwies, dass bei den hohen Studierendenzahlen im Ausland oftmals auch zum Beispiel College-AbsolventInnen eingeschlossen seien. Insofern entspräche die Zahl von 52 Prozent ungefähr dem (wirtschaftlichen) Status Deutschlands in der industriellen Welt; die Aufnahme des Studiums von MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) würde schon heute verstärkt beworben.

Es war eine der besten Veranstaltungen der letzten Zeit. Die BundestagskandidatInnen waren allesamt gut vorbereitet und antworteten mit Kompetenz, Humor und teilweise auch angenehm ironisch. Die Veranstaltung lief ohne Anfeindungen und locker ab. JedeR sollte sich jetzt ein Bild machen können. Der Berichterstatter wird sich voraussichtlich für eineN KandidatIn der heutigen Opposition entscheiden. ■



ERZIEHERINNEN IM RECHT

Die folgenden Anfragen sind mitsamt den Antworten der rheinland-pfälzischen GEW-Zeitschrift entnommen und an die Berliner Verhältnisse angepasst worden.

Arbeitszeitverteilung im Kindergarten: Zusammen mit einer Kollegin bin ich in einer Kindergartengruppe eingesetzt. Wir haben beide 19,5 Wochenstunden bei demselben kommunalen Arbeitgeber. Wir haben beide überlegt, ob wir nicht den Vorschlag machen sollten: Verteilung der Arbeitszeit abwechselnd im Rhythmus eine Woche Vollzeit und eine Woche Freizeit. Bevor wir mit der Kita-Leiterin darüber reden wollen, fragen wir bei der GEW an, ob eine solche Verteilung rechtlich zulässig ist.

Rechtlich ist das zulässig, denn die tariflichen Regelungen zur Wochenarbeitszeit (§ 6 TV-L) sehen vor, dass diese im Durchschnitt bezogen auf ein Jahr zu erbringen ist. Sprechen Sie mit der Kita-Leitung. Wenn sie den Vorschlag mit trägt, sollte der Antrag dem Arbeitgeber vorgelegt werden.

Pflege eines Elternteils: Ein Erzieher, der bei einer Lebenshilfeeinrichtung beschäftigt ist, will die Pflege seiner schwer erkrankten Mutter übernehmen. Seine Frage an die GEW lautet, ob der Arbeitgeber ihn für diese Tätigkeit freistellen muss.

Laut Pflegezeitgesetz sind Beschäftigte von der Arbeitsleistung vollständig oder teilweise freizustellen, wenn sie einen pflegebedürftigen nahen Angehörigen in häuslicher Umgebung pflegen. Der Anspruch, der jedoch nicht gegenüber Arbeitgebern mit in der Regel 15 oder weniger Beschäftigten gilt, beträgt

für jeden pflegebedürftigen nahen Angehörigen längstens sechs Monate. Eine Verpflichtung zur Fortzahlung der Vergütung besteht für den Arbeitgeber während einer solchen Freistellung nicht.

Nebentätigkeit: Ich bin Erzieherin in einer Kita. Leider habe ich nur einen Teilzeitjob mit 30 Stunden in der Woche bekommen. Ich muss schauen, dass ich noch zusätzlich Geld verdiene. Ich könnte an den Wochenenden in einer Gaststätte als Kellnerin arbeiten. Muss ich diese Tätigkeit meinem Arbeitgeber anzeigen?

Ja, das ist erforderlich. Teilen Sie bitte Ihrem Arbeitgeber schriftlich mit, dass Sie eine Nebentätigkeit gegen Entgelt aufnehmen wollen. Teilen Sie auch mit, wie viele Stunden in der Woche Sie in dieser Tätigkeit leisten werden und wie hoch das Entgelt ist. Der Arbeitgeber kann die Nebentätigkeit untersagen oder mit Auflagen versehen, wenn diese geeignet ist, die Erfüllung der arbeitsvertraglichen Pflichten der Beschäftigten oder berechnete Interessen des Arbeitgebers zu beeinträchtigen. (Quelle: § 3 Absatz 4 TV-L)

PRESSE UND DIE SENATSVERWALTUNG DIFFAMIEREN LANGZEITERKRANKE

Die Berichterstattung über die sogenannten Dauerkranken in der Berliner Schule wird immer grotesker. »Weniger Dauerkranken durch mehr Kontrolle«, titelte beispielsweise der Tagesspiegel am 2. August 2013. Das Wort »Dauerkranken/r« wird in unserer Sprache genauso gebildet wie »Dauerschwänzer« oder »Dauernörglerin« – stets wird ein allgemein unerwünschter Zustand oder Verhaltensweise mit dem Begriff Dauer verbunden. Suggestiert wird hier, die einzelne Person könne dieses Verhalten stoppen, wie man ja auch mit dem Nörgeln, Schwänzen aufhören könne. Dazu einige Fakten: Das Risiko, eine schwerwiegende Erkrankung zu erleiden, steigt mit dem Lebensalter. Rund 40 Prozent des Berliner Schulpersonals sind zwischen 50 und 65 Jahre alt. Deshalb verwundert es nicht, dass die Zahl der langfristig Erkrankten seit Jahren ansteigt. Diesem Anstieg will die Senatorin mit verstärkter Kontrolle beikommen. Aber leider ist es so, dass sich nicht alle

Diagnosen an das Entgeltfortzahlungsgesetz, an sozialgesetzliche, tarifvertragliche oder beamtenrechtliche Vorgaben halten. Kontrolle durch die Verwaltung beschleunigt den Heilungsprozess ebenfalls nicht, führt aber immer häufiger dazu, dass die Versetzung in den Ruhestand zeitlich vor der Gesundung liegt: Auch so kann man die Zahl der langfristig Erkrankten senken.

Aus vielen Gesprächen mit erkrankten Kolleginnen in den letzten zehn Jahren weiß ich, wie wichtig für sie die Aussicht auf die Rückkehr an »ihre« Schule ist. Der Zeitpunkt dafür wird allein vom individuellen Heilungsverlauf bestimmt und von medizinischer Seite festgelegt. Zusätzlich ist alles geboten, was die Genesung fördert – von allen. Im Umgang mit Erkrankten sind alle Arbeitgeber und alle Behörden seit 2004 zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM) nach Paragraf 84 Sozialgesetzbuch IX verpflichtet. Es irritiert schon sehr, dass davon weder die Senatorin spricht noch in den Zeitungen darüber etwas zu lesen ist. Dort bekommt man eher den Eindruck, es gebe ein Berliner Ausgliederungsmanagement (BAM) der Senatsbildungsverwaltung! Dabei ist gerade die Berichterstattung in den Medien nicht ganz unwichtig. Sie kann zu mehr Verständnis für kranke Menschen beitragen, sie kann aber auch deren Stigmatisierung verstärken. *Susanne Reiß*

DATENSCHUTZ BEI E-MAIL AN VIELE PERSONEN

Wer sogenannte »Rundmails« an einen großen Verteilerkreis schickt, verstößt möglicherweise gegen das Datenschutzrecht, wenn die Adressen für alle offen lesbar sind. Denn oft bestehen die Adressen aus personenbezogenen Daten (Vornamen, Namen), für deren Veröffentlichung man die Zustimmung dieser Personen braucht. Deshalb ist es besser in das Adressfeld »An« nur die eigene Adresse zu schreiben und alle anderen Adressaten in das Adressfeld »Bcc« (Blindkopie). Die Empfänger erfahren dann nicht, wer die Mail außer ihnen noch bekommt. Laut der Meldung der Stiftung Warentest ist gegen eine Angestellte ein Bußgeld verhängt worden, weil in ihrer Benachrichtigungsmail an Hunderte Kunden alle E-Mail-Adressen offen lesbar waren. ■

Auf dem Weg zum inklusiven Schulsystem

Zum Beschluss des Gewerkschaftstags der GEW 2013

von Sigrid Baumgardt, Vorsitzende der GEW BERLIN und Bernd Winkelmann, Landesvorstandssprecher der GEW BREMEN

Das Thema Inklusion wird von der GEW seit längerer Zeit auf Workshops und Seminaren und in der AG Schule bewegt. Auch aufgrund der öffentlichen Diskussion wurden auf dem Gewerkschaftstag verschiedene Anträge eingebracht, die nach einer ersten Beratung im Hauptvorstand von Berlin und Bremen in einem Grundsatzantrag zusammengeführt wurden. Der Antrag wurde von der Antragskommission überarbeitet und mit weiteren Änderungen auf dem Gewerkschaftstag verabschiedet.

Die Position der GEW

Die GEW stellt sich eindeutig hinter die Inklusion. Sie sieht dabei deutlich, dass Inklusion ein Auftrag für die gesamte Gesellschaft und ihren Einrichtungen auf allen Ebenen ist. Ihre Zielsetzung muss die Teilhabe aller Menschen in allen Lebensbereichen sein. Für Schule und Bildungseinrichtungen heißt das: Jedes Kind, alle Jugendlichen und alle Erwachsenen müssen in ihrer Unterschiedlichkeit wertgeschätzt und individuell gefördert werden. Inklusion soll als Prinzip verstanden werden und darf in der Konsequenz nicht auf Menschen mit Behinderung und Beeinträchtigung verengt werden. Für Schulen heißt das perspektivisch: Inklusion muss eine zentrale Leitlinie der Schulentwicklung sein.

Welche Forderungen ergeben sich daraus, welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein? Der Weg zur inklusiven Schule muss verbunden sein mit konkreten Schritten zur Überwindung der Mehrgliedrigkeit des deutschen Schulsystems. Im Ergebnis einer konsequent durchgeführten Inklusion kann es nur »Eine Schule für alle« geben. Jede Schule



wird inklusive Schule, jede Klasse wird inklusive Klasse, jedes Kind ist – Kind. Solange in den Bundesländern noch verschiedene Säulen von Schulen existieren, müssen sich alle Schulen für alle Kinder und Jugendlichen öffnen. So genannte Schwerpunkt- oder Vorreiter-schulen wie auch besondere Klassen für Inklusion laufen Gefahr, die Inklusion zu verhindern, wenn nicht verbindliche Zeit- und Maßnahmepläne entwickelt werden, die alle einbinden.

Notwendige Schritte

In den Schulgesetzen der Länder muss die Entwicklung zu einem inklusiven Schulsystem als Staatsziel verankert werden. Die entsprechenden Aktionspläne zur Umsetzung sind gemeinsam mit allen relevanten gesellschaftlichen Grup-

pen zu entwickeln. Die GEW fordert offensiv eine aufgabengerechte Ausstattung für die inklusive Schule und in diesem Sinne Maßnahmen für einen erfolgreichen Umbau zu einem inklusiven Schulsystem auf qualitativ hohem Niveau. In Umsetzungsplänen ist vor allem darzulegen, wie die Auflösung beziehungsweise Umwidmung der Sondereinrichtungen und die Überleitung des sonderpädagogischen Personals in den Bereich der allgemeinen Schulen vonstattengehen soll. Das ist die Grundvoraussetzung für den Erfolg der Inklusion und für das Vertrauen sowohl der Pädagogen als auch der Eltern.

Die GEW wird deutlich auf Missstände bei der Implementierung in den einzelnen Bundesländern hinweisen und sich für deren Behebung einsetzen. Dazu gehört auch der Prozess auf der Ebene der Änderung von rechtlichen Grundlagen. ▶

► Sämtliche Schulgesetze und Verordnungen müssen unter Beteiligung von integrationserfahrenen KollegInnen auf Inklusivität überprüft und verändert werden. Die Rahmenlehrpläne sind auf Basis von Mindeststandards hin zu höheren Anforderungs- und Kompetenzniveaus inklusiv zu konzipieren. Außerdem sind die KMK-Vereinbarung zur gegenseitigen Anerkennung der Abschlüsse sowie die Lehrerausbildungsgesetze der Bundesländer im Sinne einer inklusiven Pädagogik zu überarbeiten.

Im Bereich der Diagnostik ist statt einer Statusdiagnostik eine Förderdiagnostik für alle SchülerInnen für die Bereiche Lernen, emotional-soziale Entwicklung und Sprache zu entwickeln. Diese pädagogische Diagnostik muss Bestandteil von ganztägiger Bildung für den Unterricht und dem außerunterrichtlichen Bereich sein. Die Diagnostik als Instrument der Ressourcenzuweisung zu nutzen, ist überholt.

Eine besondere Rolle spielt die Schaffung von Unterstützungssystemen. Sie müssen auf schulischer und kommunaler Ebene aufgebaut beziehungsweise ausgebaut werden. Dazu müssen die beteiligten Verwaltungen Aktions- und Maßnahmepläne erstellen mit dem Ziel der Zusammenführung der bisher weitgehend getrennt agierenden Leistungssysteme Schule und Jugendhilfe beziehungsweise Gesundheits- und Sozialdienste.

Den Mitgliedern der GEW ist klar, dass die politischen Gegner versuchen werden, Privilegien zu verteidigen. Eine Schule wird nicht inklusiv, nur weil Begriffe geändert werden. Ebenso wenig wie eine Gesellschaft, die es nicht versteht, Solidarität zu praktizieren.

Mit ihrem Beschluss hat die GEW Voraussetzungen geschaffen, sich in die anstehenden Auseinandersetzungen kriterienklar einbringen zu können. Dies gilt für die Zielrichtung der Entwicklung und für die Forderung hinsichtlich der notwendigen Absicherungen. Denn: Beides muss stimmen – Haltungen und Ressourcen. Die GEW hat sich mit diesem Beschluss einen weiteren Kampfauftrag gegeben. ■

■

Anstrengend und oft frustrierend

Eine subjektive Nachlese zum Gewerkschaftstag in Düsseldorf

von Andreas Kraft, blz Redaktion

Der Gewerkschaftstag stand wegen einer kaum zu bewältigen Antragsflut stark unter Zeitdruck. Zudem war er vom Ablauf her schlecht geplant und teilweise auch schlecht geleitet. Das führte dazu, dass kaum Raum für inhaltliche Diskussionen blieb und die Wahl des neuen Vorstands aus meiner Sicht nicht mit dem nötigen Respekt gegenüber dem Amt und damit letztlich gegenüber dem dann neu gewählten Vorstand erfolgte.

Die Wahlen waren mit fast drei Tagen sehr zeitintensiv, was auch daran gelegen hat, dass es bei der Vorstellung der KandidatInnen keine Zeitbegrenzung gab und deshalb die Personaldebatte unzulässig verkürzt wurde. Weder bei der Wahl des/des Vorsitzenden noch bei der Wahl des Vorstandsbereichs Schule konnte ausreichend diskutiert werden – und gerade bei diesen beiden Positionen wäre das wichtig gewesen. Für die nächste Wahl schlage ich vor, dass die KandidatInnen eine begrenzte Redezeit von maximal zwanzig Minuten erhalten und Befragung der KandidatInnen und Personaldebatte wieder zusammen stattfinden. Die Wahlgänge, die keine Gegen-

kandidaturen umfassen, sollten in einem Wahlgang gebündelt werden.

Ein großer Zeitfresser ist der Auftritt der (ausschließlich männlichen) Politiker mit ihren Redebeiträgen und der anschließenden Diskussion. Weil sie noch dazu verteilt über den gesamten Gewerkschaftstag auftraten, störten sie den Arbeitsrhythmus des Gewerkschaftstages erheblich. Wenn man den Bundestagsparteien die Möglichkeit geben will, sich zu präsentieren und ihnen umgekehrt als Gewerkschaftstag etwas mit auf den Weg geben will, dann sollte dies in einem Vormittagsblock erfolgen oder am besten in der Auftaktveranstaltung des Gewerkschaftstages.

Die Antragsflut

Ein weiteres Problem ist die Antragsflut: Fast im Minutentakt kamen zu den 225 Anträgen Änderungsanträge auf die Tische der Delegierten geflattert. Um hier Abhilfe zu schaffen, wäre es sinnvoll, dass die Antragskommission bei Änderungsanträgen in Abstimmung mit den AntragstellerInnen die Abänderungen

redaktionell einstufen kann, wenn es keine substanziellen inhaltlichen Änderungen zur letzten Version gibt. Außerdem sollte die Redezeit generell auf fünf Minuten begrenzt sein, angenommen wäre hier nur eine Person aus dem Kreise der AntragstellerInnen.

Auf dem Gewerkschaftstag wurde wieder einmal deutlich, dass die meisten satzungsändernden Anträge nicht mehrheitsfähig waren. Lediglich die Umbenennung des BAMA kann hier lobend erwähnt werden. Sie wurden bereits im Vorfeld des Gewerkschaftstages für nicht mehrheitsfähig eingeschätzt und raubten dem Gewerkschaftstag Zeit und demotivierte viele Delegierte unnötig. Hier muss es im Vorfeld zum Gewerkschaftstag eine bessere Vorbereitung unter Beteiligung interessierter Delegierter geben. Zum Schluss aber soll nicht unerwähnt bleiben, dass der von den KollegInnen aus NRW organisierte NRW-Abend in einem tollen Ambiente mit einem wunderbaren kulturellen Begleitprogramm stattfand. Auch wenn sich der Autor dieses Textes beim Tanzen einen Muskelfaseriss zuzog – der Abend war schön. ■



FOTO: TRANSIT/POLENZ

Fliegender Wechsel

Sabine Dübbers geht in den Ruhestand – Melike Yar tritt die Nachfolge an

von Udo Jeschal, Geschäftsführer der GEW BERLIN

Gut zwei Jahrzehnte hat Sabine Dübbers als hauptamtliche Referentin für Schule die bildungspolitischen Diskussionen in der GEW begleitet und die Entwicklung der schulpolitischen Positionen unserer Gewerkschaft entscheidend mitgestaltet. Sie hat angefangen, als die GEW BERLIN nach der Wende ihren hauptamtlichen Apparat ausgebaut hat. Eine der vier neuen ReferentInnen-Stellen wurde für den Bereich »Bildungspolitik Schule« geschaffen und mit Sabine besetzt.

Sie ist von Haus aus Diplompädagogin, hat viele Jahre als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Pädagogischen Zentrum gearbeitet und war danach als Pädagogische Mitarbeiterin in den Integrationsklassen der Fläming-Schule tätig, einer der ersten Integrationsschulen, die dazu beitrugen, dass Berlin (West) als wegweisend in Sachen Integration galt. Außerdem war Sabine aber auch als Personalrats- und Bezirksleitungsmitglied in Schöneberg ehrenamtlich für die GEW tätig, also in und außerhalb der GEW entsprechend gut vernetzt. Sabines Anliegen ist es, Benachteiligungen abzubauen. Deswegen tritt sie leidenschaftlich für das gemeinsame Lernen ein, für die sechsjährige Grundschule und den Ausbau der Gemeinschaftsschulen.

Ihre Tätigkeit ist für die GEW BERLIN rückblickend ein absoluter Glücksfall. Denn in Zeiten, in denen durch die elektronischen Medien das zugängliche, archivierte Wissen unserer Organisation stetig zurückgegangen ist, war Sabine mit ihrem akribisch weiterhin in Papierform geführten Archiv in unzähligen Fällen die Rettung für Rat suchende Mitglieder, fragende FunktionsträgerInnen und um Unterstützung bittende Eltern. Sabines Büro ist randvoll mit Materialien und Wissen zu fast allen Themen der Berliner Schule. Was hier keinen Platz findet, wird wohlortiert im Keller deponiert. Das Phänomenale dabei ist, Sabine nutzt diesen Schatz. Es ist nicht – wie so häufig – eine tote Papiersamm-



Die eine geht, die andere kommt: Sabine Dübbers mit Nachfolgerin (v. l. n. r.)

FOTO: BLZ/K. WILL

lung. Welches immense Wissen uns mit Sabine verlässt, lässt sich noch gar nicht abschätzen.

Sabine hat die Positionen der GEW BERLIN immer beharrlich vertreten und ist in ihrer leisen und zurückhaltenden Art überaus durchsetzungsfähig. Völlig unabhängig davon werden wir in der Ahornstraße Sabine als eine liebenswerte Kollegin vermissen. Wir wünschen ihr für den jetzt beginnenden neuen Abschnitt alles erdenklich Gute, vor allem eine stabile Gesundheit, damit sie die Zeit ohne GEW und ohne Ahornstraße genießen kann.

Melike Yar ist als Referentin für den Vorstandsbereich Schule die Nachfolgerin von Sabine Dübbers. Melike ist nach ihrem Masterstudium im Bereich Bildungsmanagement acht Jahre in der Projektarbeit der »Deutschen Kinder- und Jugendstiftung«, zum Schluss als stellvertretende Bereichsleiterin mit dem Schwerpunkt der Unterrichts- und Schulentwicklung beschäftigt gewesen. Durch ihre Erfahrungen mit projektorientierten, vernetzten Arbeitsstrukturen werden neue Impulse in die GEW-Arbeit

einfließen, die hoffentlich auch jüngeren Mitgliedern den Einstieg in die Mitarbeit erleichtern. Wir sagen »Herzlich willkommen!« und freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Melike, die in den vergangenen Monaten intensiv von Sabine eingearbeitet wurde. ■

DIE GEW-BERLIN HAT EINE SAMBA-GRUPPE



Wir treffen uns immer donnerstags um 16.30 Uhr im Groove, Fidicinstr. 3. Nächste Termine erfragen über samba@gew-berlin.de

Mete-Ekşi-Preis 2013 ausgeschrieben

von Norbert Gundacker, Mete-Ekşi-Fonds

Wir brauchen wieder eure Unterstützung! Zum 22. Mal wird der Mete-Ekşi-Preis zur Förderung des friedlichen Zusammenlebens von Kindern und Jugendlichen in Berlin ausgeschrieben. Preiswürdig sind Initiativen, Projekte und Aktivitäten von Kindern und Jugendlichen in Berlin, die sich beispielhaft engagieren im Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit, für ein friedliches Zusammenleben und für eine Stadt ohne Rassismus. Mit dem Preis werden Personen, Gruppen oder Einrichtungen ausgezeichnet, die sich im oben genannten Sinne verdient gemacht haben. Die Vergabe der mit insgesamt 3.000 Euro dotierten Auszeichnungen wird am 16. November 2013 erfolgen.

Es gibt auch in diesem Jahr zwei Plakate (siehe Rückseite). Sie wurden von Dilara Dolkun und Lars Hänicke gestaltet. Beide waren Auszubildende an der Ernst-Litfaß-Schule, OSZ Druck- und Medientechnik. Bitte hängt die Plakate an gut sichtbaren Stellen aus, verteilt die Flyer und nutzt die Postkarten – gerade in Zeiten von E-Mail und SMS. Sie wurden auch mit der Vertrauensleutepost an die Schulen und zahlreiche andere Bildungseinrichtungen verschickt. Entscheidend aber ist es, Vorschläge zu machen, wer ausgezeichnet werden sollte. Sprecht in Frage kommende junge Menschen an und ermutigt sie, sich zu bewerben. Das Bewerbungsverfahren ist einfach und formlos. Eingereicht werden können Schreiben, aber auch Daten- und Tonträger. Über die Vergabe entscheidet eine unabhängige Jury, die vom Verein berufen wurde, und unser Kuratorium. Entscheidend ist außerdem, dass wir die jeweiligen Ansprechpartner der Projekte schnell erreichen können, weil zwischen Bewerbungsschluss und Preisverleihung wenig Zeit bleibt. Deshalb ist eine vollständige Adressangabe mit Telefon und evtl. auch E-Mail-Adresse wichtig. ■

Auf der Website www.mete-eksi-preis.de und beim Türkischen Elternverein Berlin-Brandenburg e.V. via www.tevbb.de gibt es weitere Informationen. Abgabeschluss ist am 11. Oktober 2013 in den Herbstferien.



»Spieltrieb«

Voraussführung des Films für GEW-Mitglieder am 29. September 2013

von der Kultur-AG

Der Film zum internationalen Bestseller-Roman »Spieltrieb« von Juli Zeh, der in zahlreiche Sprachen übersetzt und mit dem Prix Cévennes als bester europäischer Roman ausgezeichnet wurde. Das beim Verlag Schöffling & Co erschienene Buch wurde allein in Deutschland mehr als 400.000-mal verkauft. Die Literaturverfilmung hat die Auszeichnung »Prädikat besonders wertvoll« erhalten.

Die Handlung: Die hochbegabte Ada (Michelle Barthel) ist Einzelgängerin an ihrer Schule. Als der unnahbare, fast dämonisch wirkende Alev (Jannik Schümann) der Klasse als neuer Mitschüler vorgestellt wird, ist Ada von seiner selbstbewussten und kühlen Art fasziniert. Sie fühlt sich auch körperlich stark von ihm angezogen, obwohl dieser angibt, keine Liebesbeziehung eingehen zu können.

Die beiden kommen sich näher und bald schildert Alev ihr seine Theorie vom Spieltrieb, die besagt, dass alle

Handlungen des Menschen Spielhandlungen sind. Sein Ziel ist es, die Menschen wie Spielfiguren zu steuern und zu manipulieren. Bald reift in Alev ein Plan für ein perfides Spiel, das außer Kontrolle gerät. Gregor Schnitzler (»Soloalbum«, »Die Wolke«, »Resturlaub«) hat bei dieser Geschichte um eine obsessive Liebe, die in einem abgründigen Spiel um Leidenschaft, Erpressung und Macht mündet, Regie geführt. Die Hauptrollen sind mit Michelle Barthel (Grimme-Preisträgerin für »Keine Angst«) und Jannik Schümann (»Barbara«) sowie mit Maximilian Brückner (»Resturlaub«, »Rubbeldiekatze«), Sophie von Kessel (»Herr Bello«), Richy Müller (»Poll«, »Die Wolke«) und Ulrike Folkerts (»Tatort«) hervorragend besetzt.

Der Film startet am 10. Oktober in den Kinos. Wir zeigen ihn in Kooperation mit dem Concorde Filmverleih **am Sonntag, 29. September 2013 um 12 Uhr im Kino Alhambra**, Seestraße 94 in Wedding. ■

Internetplattform für Kinder

SchülerInnen der Friedensburg-Schule stellen »Juki« vor

von Martina Thulcke, Lehrerin in Charlottenburg-Wilmersdorf

Wie gut kennen Sie sich denn im Internet aus«, fragt die blonde Salomé selbstbewusst den Mann am Rednerpult. Lutz Stroppe vom Bundesfamilienministerium beantwortet bereitwillig die Frage der Dreizehnjährigen. »Seit ein paar Jahren kenne ich es schon ganz gut« sagt er und befolgt dann wortgetreu die Anweisungen der Schülerin, die ihn sachkundig durch eine Rallye auf der neuen Internetplattform »Juki« führt.

Salomé und ihre Klassenkameraden sind an diesem warmen Maitag ins Museum für Kommunikation gekommen, denn sie wollen den geladenen Gästen, die sich zur Eröffnung der Internetplattform für Kinder zwischen 7 und 12 Jahren eingefunden haben, diese vorstellen.

Auf die Präsentation vorbereitet haben sich die Jugendlichen in ihrem Unterricht. Unterstützt wurden sie dabei von ihrer Lehrerin Tina Küchenmeister. Mit deren Hilfe arbeiteten sich die Kinder, die an der Schule eine »Laptop-Klasse« besuchen, in die Handhabung und Präsentation von Juki ein. »Ich finde »Juki« spannend«, erläutert die dreizehnjährige Sezen und wollte unbedingt mitmachen. Und ihr Klassenkamerad Tarek ergänzt: »Der Gedanke daran, die Plattform vor so vielen Erwachsenen vorzustellen, war schon ein bisschen aufregend. Aber dann fand ich's lustig.«

Ein sicherer Ort

Juki ist für die Kinder deshalb so reizvoll, weil sie sich dort in einem gesicherten Bereich bewegen. »Hier weiß ich, dass ich nicht zufällig auf diese ekligen Bilder stoße, die man sonst so schnell beim Surfen hat und deshalb haben Pädophile keine Chance«, so Sezen.

Einen sicheren Ort zu schaffen, an dem sich auch jüngere Kinder mit dem Internet vertraut machen können, war auch das erklärte Ziel der Initiatoren von Juki. Sie ist nunmehr Deutschlands größte medienpädagogische Kinder-Video-Plattform und wurde vom Deutschen Kinderhilfswerk, Google, der Freiwilligen Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter (FSM), der Freiwilligen Selbstkontrolle Fernsehen (FSF) sowie Nickelodeon und »Deutschland sicher am Netz« ins Leben gerufen. Gefördert wurde sie

nen die Kinder ein eigenes Profil anlegen, selbst Beiträge verfassen oder Videos einstellen. Betreut werden sie hierbei von einer medienpädagogischen Redaktion, die alles, was auf die Plattform gestellt wird, zunächst einer akribischen Kontrolle unterwirft. Anstößige und beleidigende Inhalte werden sofort aussortiert und nicht veröffentlicht.

Sorgen bereitet den Veranstaltern jedoch, wie sehr das Angebot in der Zukunft genutzt werden wird. Sie wünschen sich, dass neben den Heranwach-



FOTO: PRIVAT



Fast erdrückt von den Sponsoren, die mit ins Bild wollen: SchülerInnen beim Start der Internetplattform. FOTO: FRIEDENBURG SCHULE

vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien und dem Bundesfamilienministerium im Rahmen der Initiative »Ein Netz für Kinder«.

Ziel war und ist es, Kindern die Möglichkeit zu geben, spielend das Medium Internet zu entdecken und dabei in einem geschützten (Internet)-Bereich eigene Erfahrungen zu sammeln. So kön-

senden auch schulische und außerschulische Einrichtungen, Eltern und Lehrer mit Juki arbeiten. Die Kinder der Friedensburgschule jedenfalls sind, was Juki und das Internet angeht, richtig fit und beantworteten ganz professionell die Fragen der Gäste. ■

»Juki« erreichen kann man unter www.juki.de



GEW ZEUGNIS PROGRAMM

Zeugniserstellung leicht gemacht!

Neue Schulstruktur, neue Zeugnis-Formulare – kein Problem, wenn Sie mit dem GEW-Zeugnisprogramm arbeiten. Dort finden Sie alle aktuellen Formulare: Förderprognose für den Übergang am Ende der Grundschule, Formulare für die Integrierte Sekundarschule oder veränderte MSA-Zeugnisse.

Das Programm nimmt Ihnen nicht nur die lästige Schreibearbeit ab, sondern bietet Ihnen viele andere Hilfen für die tägliche Arbeit: Noten- und Klassenlisten, Prognoseberechnungen, eine Fehlzeitenverwaltung. Und nicht zuletzt: Die Programminhalte werden ständig aktualisiert. Praktisch, gut und immer aktuell: Wer bietet mehr?

Wer es nicht glaubt, kann's ausprobieren: Sie können das Programm aus dem Internet kostenlos herunterladen und ausgiebig testen. Sie werden feststellen, dass es nichts Vergleichbares zu diesem Preis auf dem Markt gibt. Sie finden das Programm auf unserer Homepage unter www.gew-berlin.de/zeugnis.htm.

Preise für GEW-Mitglieder

	Online	CD
Grundschule	20,-	30,-
Integrierte Sekundarschule		
- Sek. I	30,-	40,-
- mit gymn. Oberstufe	40,-	50,-
Gemeinschaftsschule		
- Sek. I	20,-	30,-
- Klasse 1-10	30,-	40,-
Gesamtschule		
- Sek. I	30,-	40,-
- mit gymn. Oberstufe	40,-	50,-
Hauptschule	20,-	30,-
Realschule	20,-	30,-
Gymnasium		
- Sek. I	20,-	30,-
- Sek. I und Sek. II	30,-	40,-
- Sek. I und Sek. II mit Klasse 5 und 6	40,-	50,-

Preise für Nicht-Mitglieder unter www.gew-berlin.de/4547.htm, Kollegiumspreise (Mengenstaffel) auf Anfrage. Von dem Programm gibt es auch Schulversionen.

Informationen und Bestellung unter www.gew-berlin.de/4681.htm.

Siehe Seite 25



EIN TARIFVERTRAG

MUSS HER

Erzählt wird, wie sich die Belegschaft der *Lebenshilfe gGmbH* gegen Gehaltsenkungen wehrte und am Ende einen Tarifvertrag erkämpfte. Dieser erfolgreiche Kampf soll alle ermuntern, den Kampf um einen Tarifvertrag aufzunehmen. Denn die Anzahl der Unternehmen, die nicht tarifgebunden sind, wächst in unserem Land noch immer kontinuierlich. Kaum ein größerer Sozialbetrieb in Deutschland kann einen adäquaten Tarifvertrag vorweisen. Das muss sich ändern! Dieses Buch zeigt an einem Beispiel, wie das klappen kann.

Darüber hinaus werden aber auch exemplarisch die unterschiedlichen Rechte von Betriebsräten und Gewerkschaften im Kampf für bessere und gerechtere Entlohnung dargestellt. Es zeigt sich, dass es nur mit starken Gewerkschaften gelingen kann, eine gerechtere Entlohnung und bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Starke Gewerkschaften brauchen Mitglieder, deshalb ist dieses Buch auch ein Plädoyer für die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft.

Das Buch ist im VSA-Verlag erschienen, der 1972 in der Putlitzstraße in Berlin-Moabit als linkes Projekt gegründet wurde und sich damals mit seinen Publikationen bei den entsprechenden Behörden beiderseits des »Eisernen Vorhangs« unbeliebt gemacht hat. Der Ver-

lag arbeitet unter anderem mit den Gewerkschaften zusammen und versteht sich als linkes pluralistisches Projekt.

Zu den Autoren: Karl Kamp war langjähriger Betriebsratsvorsitzender der Lebenshilfe gGmbH in Berlin. Klaus Schroeder von der GEW BERLIN ist Verhandlungsführer für die Gewerkschaften und Vorsitzender des Berliner Hauptpersonalrats. Benedikt Hopmann ist Rechtsanwalt und bekannt geworden durch den Fall Emmely.

Andreas Kraft

Karl Kamp/Klaus Schroeder/Benedikt Hopmann: *Wir sind keine Schnäppchen. Auch Beschäftigte in sozialen Diensten brauchen Tarifverträge.* VSA Verlag, Reihe WIDERSTÄNDIG, 2013, 94 Seiten, 9 Euro, ISBN 978-3-89965-566-7

NEUER RADFÜHRER FÜR

BERLINER MAUERWEG

Der erfolgreiche Mauerweg-Radführer von Michael Cramer hat Konkurrenz bekommen. Die Konkurrenz sieht äußerlich recht ähnlich aus, ist aber innen etwas besser aufgemacht: Tourenbeschreibung und Zusatztexte sind gut erkennbar voneinander getrennt. Die Fotos haben größtenteils eine bessere Qualität und sind auch in der Regel größer, man muss also nicht so viel rumräteln. Der Maßstab der Karten ist zwar mit 1:50.000 erheblich kleiner, aber das merkt man kaum, weil die vier Innenstadtpläne im Maßstab 1:15.000 das wieder ausgleichen. Autoren des Bandes sind Axel von Blomberg und Kai-Uwe Thiessenhusen. Blomberg, aktiv beim ADFC, gehört wie Cramer (Bündnis90/



Grüne) zu den Aktivisten, die sich schon früh für einen Mauerradweg eingesetzt haben. Einige schöne Anekdoten von damals und die reichliche Erfahrung mit dem Mauerweg geben dem Text zusätzlichen Reiz. Text und Darstellung von Blomberg scheinen mir etwas frischer und praktischer zu sein als bei Cramer, aber wesentliche Unterschiede beim In-

halt habe ich bei meinen Stichproben nicht feststellen können. *Klaus Will*

Den Radführer zum Preis von 8,95 Euro gibt es im Buchhandel oder direkt beim Verlag „grünes herz“ unter 03677 644 28



KRITISCHE PSYCHOLOGIE

LEICHT GEMACHT

Bernhard Wilhelmer hat zusammen mit Harald Werner ein Buch vorgelegt, bei dem man sich wundert, dass es nicht schon lange auf dem Markt ist. Zwar sind viele Tatsachen in der Öffentlichkeit und erst recht in der Science Community bekannt. Aber hier wird alles noch einmal für Detlev Normalverbraucher aufbereitet. Wilhelmer, ein Schüler des Vaters der Kritischen Psychologie und Mentors des seinerzeit heiß umkämpften Kinderladens «Rote Freiheit», Klaus Holzkamp, war wissenschaftlicher

Assistent im Gründungsausschuss der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg und nach der Wende Gründungsprofessor für Lern- und Entwicklungspsychologie an der Hochschule Erfurt. Werner hat Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Soziologie studiert, war Mitarbeiter in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit und sieben Jahre wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Deutschen Bundestag. Die Autoren stellen das Subjekt, also die Lernenden in den Mittelpunkt ihrer Erörterungen. Es ist ihrer Meinung nach nicht zielführend, den Lehrplan abzuarbeiten, ohne auf die jeweiligen Interessen und Motive der Lernenden abzustellen. »Nicht der Belehrende, der mit der Absicht agiert, bestimmte Lerninhalte in die Köpfe der Lernenden hineinzutragen, ist der primäre Akteur, sondern derjenige, der etwas lernen will, ist das Subjekt des Lernprozesses.« Zum Lernerfolg führt also vorwiegend die intrinsische Motivation, die dann besteht, wenn eine Person eine Handlung um ihrer selbst willen ausführt, nicht etwa, weil die (be-)lehrende Person dies möchte. Lernen muss selbstständig aktiv und von eigener Motivation getragen sein. Während der erste Teil des Buches (Wilhelmer) sich (vorwiegend) mit der theoretischen Aufarbeitung des Gegenstandes befasst, werden im zweiten Teil (Werner) zahlreiche Anwendungsbeispiele aus der politischen und gewerkschaftlichen Erwachsenenbildung dargestellt. Beide Teile zusammengenommen, bilden eine hervorragende Vorlage für alle Lehrenden in Kita, Schule, Studium und in der Erwachsenenbildung. Ein Buch, das sich zu lesen lohnt. *Folker Schmidt*

Bernhard Wilhelmer/Harald Werner: Belehre mich nicht, lass mich lernen! dgvt-Verlag, Tübingen 2013, 18,00 Euro (für GEW-Mitglieder 35 % Rabatt)

ANZEIGE

GRIPS

Die Prinzessin und der Pjär

von Milena Baisch | Uraufführung am 6. Oktober 2013 | ab 4. Klasse
 Schulvorstellungen 8., 9., 15. und 16. Oktober | jeweils 10.00 Uhr
 GRIPS Podewil Klosterstraße 68, Berlin | U2 Klosterstraße | S Alexanderplatz | 030 - 39 74 74 - 77 | grips-theater.de



Hiermit bestelle ich das GEW-Zeugnisprogramm:

Name _____

Vorname _____

Straße / Hausnummer _____

PLZ, Ort _____

E-Mail _____

GEW-Mitglied:

Mitgliedsnummer _____

CD-Version

Online-Version

ausgedrucktes Handbuch (+ 7,-)

Schulart _____

Wie soll das Zeugnis unterschrieben werden (Blockschrift, z. B. »E.Muster«, »Erika Muster« oder »Muster«...)?

Den Betrag von Euro _____ habe ich auf das Konto der GEWIVA, Konto-Nr. 15 42 92 95 00, bei der SEB-Bank Berlin, BLZ: 100 101 11, überwiesen.

Ort/Datum _____

Unterschrift _____



Jubiläums-Jahr für die SchulKinoWochen: Zum zehnten Mal werden sie veranstaltet und zwar vom 8. bis 22. November 2013. Weitere Informationen siehe Meldung unter »Fortbildung« und »Aktivitäten«.

FOTO: SCHULKINOWOCHEN

Hans-Wolfgang Nickel

AUFFÜHRUNGEN KRITISCH GESEHEN

»*Telemachos – should I stay or should I go?*« im **Ballhaus Nauenstraße** ist eine faszinierende Überlagerung der alten Telemach-Geschichte (der Sohn des Odysseus, der sich aufmachen will, seinen Vater zu suchen) mit dem modernen Athen und seinen, unseren Problemen. Ganz unterschiedliche Zeitgenossen, »Gastarbeiter« und andere, zwischen Deutschland und Griechenland lebend, mit unterschiedlichen Erfahrungen und Ansichten, treffen sich zu einem Abendessen (live auf der Bühne gekocht), erzählen ihre Lebensgeschichten und streiten miteinander: »Alltags«-leute mit ihren eigenen Alltagsgeschichten. Die aber werden so intelligent in Szene gesetzt und präsentiert, dass sich ein hoch spannender Abend entwickelt, der die Geschichten immer wieder auch in erregte Diskussionen überführt. Das ist wirklich Arbeit am Sozialkörper, an unserer direkten Gegenwart (ab 16).

»*For the disconnected child*« in der **Schaubühne** überlagert

Tschaikowskis Oper »Eugen Onegin« mit einer Recherche zur männlichen Bindungsflucht/ Bindungsunfähigkeit, mischt klassische Musikzitate mit unterschiedlichsten Gegenwarts-kompositionen (darunter einige Jammersongs zur Gitarre). Nur Ansätze einer Story, eher Untersuchung einer psychischen Befindlichkeit; manchmal herzlich komisch, oft traurig-tragisch; immer dicht an der Problematik unterschiedlicher Lebensentwürfe. Der zweite Teil wirkt ein wenig angeklebt, bringt kaum Neues. Trotzdem ein interessanter Abend: wichtig für das Gender-Thema und interessanter Stoff für Musik-Leistungskurse: Was sich heute mit neuem Musiktheater machen lässt (ab Sek II).

Die Aufführung des **Theaterjugendclubs der Schaubühne** »*leben spielen sterben*« ist zugleich eine intensive persönliche Begegnung zwischen Publikum und SpielerInnen. Vorbereitet wird sie durch eine fast private Erzählrunde zu Beginn (jeweils ein Darsteller und

eine Gruppe von Zuschauern); zwischendurch gibt es immer wieder persönliche Statements – ohne jeden Anflug von Exhibitionismus, Anbieterei, Selbstdarstellungsgelüste – enthält doch der Titel auch das Verb »spielen«. So bleibt die Aufführung durchweg locker, spielerisch, von erkennbaren Spielregeln getragen, entspricht voll der Leichtigkeit des Spiels, in das punktuell und sehr locker auch das Publikum einbezogen wird. Dabei geht es um ernste, persönliche Fragen: Wie möchte ich leben, was würde ich noch tun, wenn der Tod näher kommt, ganz nahe ist. Hier findet die Aufführung wunderbar leichte Rhythmisierungen durch genaue, immer kürzere Zeitangaben: bis zum Schluss bleiben Wünsche, Träume, sind Handlungen möglich (ab 16).

Im **Theaterforum Kreuzberg** »*Hysterikon*« – das Ergebnis eines Ausbildungsjahrgangs. Diese Studienaufführungen ermöglichen häufig interessante Einblicke nicht nur in spezifische Lehrprogramme, son-

dern vor allem in Lebensentwürfe; Diskussionen zwischen Schülern und den jungen SchauspielerInnen können für beide Seiten spezifisch interessant sein. »*Hysterikon*« zeigt das Leben als Supermarkt, verdeutlicht Erscheinungen der Gegenwart in ironischer Überspitzung, treibt sie manchmal bis in die Groteske. Das Stück insgesamt ist eher zu lang, bringt zu viele Beispiele, hat aber eine wunderbare Schlusszene: da stirbt ein alter Herr, der zugleich vom Aufbruch in ein neues, sein eigentliches Leben träumt; er steigt heraus aus seinen Kleidern, lässt sie samt Schuhen zurück; während die Trauergäste seinen Kleiderhaufen »beerdigen«, steigt er, nackt und frei, hinauf in den Lichtturm des Theaters (ab 16).

FORTBILDUNG

Fortbildungen zum Thema »Filmanalyse«

In Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und der Deutschen Kinemathek – Museum für Film und Fernsehen veranstalten wir am 18. Oktober 2013 eine Lehrerfortbildung zum Thema »Filmanalyse für den Unterricht am Beispiel von Expositionen«. In Kooperation mit dem Bundesverband Jugend und Film geht es am 23. Oktober um das Thema Geschlechtsidentität, sexuelle Orientierung und um das Recht, anders zu sein. Darüber hinaus werden sie auf zahlreiche Begleitveranstaltungen in den Kinosaal vor Ort hingewiesen, zu denen Filmschaffende, Filmvermittler und ExpertInnen vor Ort anwesend sein werden. Weiter Infos unter www.schulkino-wochen-berlin.de

Weiterbildung in Systemischer Pädagogik

Die Humanistische Akademie Berlin bietet eine Weiterbildung für LehrerInnen, SozialarbeiterInnen, KitaleiterInnen und FortbildnerInnen in fünf Modulen an mit folgenden Schwerpunkten: Ressourcenorientiertes Arbeiten in Gruppen/Umgang mit schwierigen Klienten/Selbstcoaching – Stress- und Konfliktbewältigung/ Einführung in das kollegiale

Fallgespräch (Intervision). Der Kurs beginnt Oktober 2013 und kostet 500 Euro. Bildungsurlaub kann gewährt werden, Bildungsgutscheine können beantragt werden. Info über Institut für Humanistische Akademie Berlin, Wallstr. 61-65, 10179 Berlin, Tel. 61 39 04 66 oder 6 06 18 23, E-Mail: brigitte.wieczorek@berlin.de

Montessori-Freiarbeitskurs

Die Montessori-Pädagogik bietet ErzieherInnen und LehrerInnen bewährte Modelle für individualisiertes, anspruchsvolles Lernen, zum Beispiel umfassendes Sprachlernen und mathematisches Begreifen. Überholte Trennungen zwischen Kindergarten und Grundschule werden aufgehoben. Der Berliner Arbeitskreis für Montessoripädagogik e.V. veranstaltet seinen Freiarbeitskurs mit einem erfahrenen Team aus einem Kinderhaus, einer Integrations- und einer Förderzentrum. Ermäßigungen für StudentInnen und ReferendarInnen. Termine und Anmeldung unter www.montessori-freiarbeit.de

Mediation für Schule, Jugendhilfe und Kita

Am 18. Oktober 2013 startet die Fortbildung »Mediation für Schule, Jugendhilfe und Kita« am An-Institut der Universität Potsdam WiB e.V. Sie richtet sich an alle PädagogInnen in Brandenburg und Berlin. Die Fortbildung besteht aus insgesamt 120 Stunden. Sie beginnt am 18. Oktober und endet am 28. Juni 2014 und kostet 1.300 Euro pro TeilnehmerIn. Weitere Informa-

tionen unter www.wib-potsdam.de (Aktuelle Angebote)

AKTIVITÄTEN

Jubiläumsjahr für die SchulKinoWochen in Berlin

Zum zehnten Mal werden Berliner Kinosäle zu einem Ort der Begegnung mit bemerkenswerten Filmen, einem Ort für anregende Filmgespräche mit interessanten Referenten und prominenten Gästen. Fast 50 Kinder- und Jugendfilme, Filmklassiker und neue Produktionen, Dokumentationen und Animationen werden vom 8. bis 22. November 2013 im Jubiläumsjahr gezeigt. Neben den Filmgesprächen, die die altersgerechte Aufarbeitung des Gesehenen im Kinosaal gewähren, steht umfangreiches pädagogisches Material für den Unterricht zur Verfügung. SchülerInnen bezahlen 3 Euro Eintritt, für Lehrkräfte sind die Vorstellungen kostenlos. Die Kinobesuche im Rahmen der SchulKinoWochen sind als Unterrichtszeit anerkannt. Im Rahmen der SchulKinoWochen 2013 zeigt die Bundeszentrale für politische Bildung außerdem eine Auswahl an Filmen zum Themenfeld Rechtsextremismus und Nationalsozialismus. Weitere Informationen unter www.schulkinowochen-berlin.de

KinderUni Lichtenberg (KUL) seit einem Jahr an Schulen

Gerichtsmedizin, Taschengeldparagraph, Grabungen in Brandenburg – diese ungewöhnlichen Themen hat »KUL unterwegs« im vergangenen Schuljahr an Lichtenberger Grundschulen gebracht. ProfessorInnen der HTW und der HWR können von interessierten Schulen gebucht werden: kostenlos und ohne großen Aufwand. Finanziert wird das Angebot von der HOWOGE. Das Programm und alle Informationen finden sich unter www.kul-unterwegs.de

MATERIALIEN

Spannung aus Kisten für die Kita

Mit der Eröffnung einer Materialbibliothek für ErzieherInnen in Berlin und Brandenburg ist an der Freien Universität ein kostenloses naturwissenschaftliches Weiterbildungsprogramm gestartet worden. Interessierte erhalten

dort sogenannte Forscherkisten mit Alltagsgegenständen, die für naturwissenschaftliche Projekte mit Kindern genutzt werden können. Sie sollen Heranwachsende dazu anregen, ihre Umwelt und Umgebung interessiert wahrzunehmen und die Freude an Naturwissenschaften zu erhalten. Tipps für den Umgang mit den Forscherkisten und dazu, wie diese in den Alltag von Kindertagesstätten und Kindergärten integriert werden können, erhalten die Teilnehmer in ebenfalls kostenlosen Weiterbildungsreihen. Weitere Informationen und Anmeldung: Gunnar Beyer, Arbeitsbereich Sachunterricht an der Freien Universität Berlin, Tel: 838 58743, E-Mail: gunnar.beyer@fu-berlin.de

Orientierungshilfe zur LehrerInnenbildung

»Lehrerbildung in Deutschland – eine phasenübergreifende Analyse der Regelungen in den Bun-

desländern«, so lautet der Titel einer 76-seitigen Broschüre, die der Hauptvorstand der GEW vorgelegt hat. Sie dokumentiert eine Expertise im Auftrag der Max-Traeger-Stiftung. Die Analyse vergleicht nicht nur die Strukturen des Studiums, des Vorbereitungsdienstes sowie der Fort- und Weiterbildung, sondern untersucht darüber hinaus Kooperationsbeziehungen und am Beispiel von Inklusion und Gender den Umgang mit Heterogenität. Einzelexemplare können unter: broschueren@gew.de angefordert werden. Download unter www.gew.de/Orientierungshilfe_fuer_den_Flickentepich.html

Über 1.700 Bildungsmaterialien online

Die Vielfalt-Mediathek des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung e.V. (IDA) und des DGB Bildungswerks stellt mittlerweile

ANZEIGEN

THE COMMUNICATION ACADEMY BERLIN
Vielfalt als Ressource & Vielfalt als Chance
Fortbildungen 2013
 Rhetorik, Stimm- und Sprechtraining –
 Auftritt und Stimme – klar und sicher!
 Interkulturelle Kommunikationskompetenz –
 Verständigung erzielen!
 Dialog-Kompetenz –
 gemeinsam denken und handeln!
Dr. Karin Iqbal Bhatti / Frank Morawski, M. A.
 Kalkreuthstr. 10, 10777 Berlin, Tel. 030-23 63 91 77
www.communication-academy.org

Institut für Gruppendynamik
Supervisionsgruppen
 für Lehrerinnen und Lehrer
 Andrea Riedel, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
 Kantstr. 120/121, 10625 Berlin
 ☎ 313 28 93 e-mail: DAPBerlin@aol.com

IHRE ANZEIGE
 in der blz
Tel: 030-21 99 93 46
Fax: 030-21 99 93 49

SUPERVISIONSGRUPPE
 FÜR LEHRER/INNEN HAT
 NOCH FREIE PLÄTZE
 INFO: **INA KAUFMANN**
 DIPL.PÄD. / SUPERVISORIN (DGSV)
 TEL: 030/ 693 68 90, E-MAIL:
KAUFMANN.INA@WEB.DE

WHY?

 BESUCHT DAS
Anti-Kriegs-Museum
 IN BERLIN-WEDDING
 BRÜSSELER STR. 21
 (NAHE U-BAHNHOF AMRUMER STR.)
 TEL.: 454 90 110
 GRUPPENBETREUUNG nach VEREINBARUNG
 TEL.: 402 86 91
 TÄGLICH GEOFFNET
 von 16.00 - 20.00 UHR 


Klinik am Leisberg
 BADEN-BADEN
Von hier an geht es aufwärts!
HOTLINE: 07221/39 39 30
 In einer Stadt mit besonderem Flair und Ambiente bieten wir einen individuellen und erfolgreichen psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!
Indikationen: Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, **Essstörungen**, Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Schmerzen
Kostenübernahme: Privatversicherungen, Beihilfe, PBeaKK
 Gunzenbachstr. 8, **76530 Baden-Baden**
 Fax: 07221/39 39 350 • www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de
 Privatklinik für psychologische Medizin
 Mit Fachabteilung für **Essstörungen**

über 1.700 Bildungsmaterialien kostenlos zum Verleih oder Download zur Verfügung. Seit 2006 wird das Angebot der Vielfalt-Mediathek kontinuierlich erweitert. Sie stellt eine einzigartige Sammlung der Ergebnisse aus Projekten der verschiedenen Programme der Bundesregierung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus dar. Unter www.vielfalt-mediathek.de können MultiplikatorInnen aus Jugendverbänden, Lehrkräfte, Eltern, Jugendliche, Verantwortliche in Betrieben, Politik oder Verwaltung Materialien ausleihen oder herunterladen. Eine Suchfunktion nach Projekten, Mediengattung, Zielgruppe oder nach Schlagworten ermöglicht

eine gezielte Recherche. Zudem wird regelmäßig auf ausgewählte Neuerscheinungen hingewiesen.

STELLENBÖRSE

Ehemalige Vorklassenleiterin möchte ihre vielfältige Berufserfahrung weitergeben, z.B. zur Unterstützung der Kl. 1-2, Sprachförderung, klassenübergreifende Projektarbeit. Ich wohne in Charlottenburg. Biete: Montessori-Freiarbeit, JÜL-Erfahrung, Teamarbeit, them. Projekte planen u. durchführen, bildn.-handwerk. Gestalten, Handarbeit, Töpfern. Bez. auf 450,- Ho-

norarbeitsbasis, bin sehr flexibel in der Stundeneinteilung. Bitte melden unter Tel. 8 17 66 33 oder m.s.6633@gmx.de

SENIORINNEN

Landesseniorenausschuss (LSA): 18. September um 11 Uhr im GEW-Haus

Junge Alte (JA): 10. September: Geführte Wanderung Altstadt Köpenick: von Fischern, Waschfrauen und dem

einzigsten Berliner Wasserschloss. Treffpunkt um 11 Uhr am S-Bhf Spindlersfeld, Kontakt: Monika Falkenhagen. Tel. 8 91 69 25
18. September: JA-Treff im GEW-Haus, InteressentInnen sind willkommen

Singkreis: 4. September um 17 Uhr im GEW-Haus. Kontakt: Monika Rebitzki, Tel. 471 61 74

GEW-Chor: 11. und 18. September jeweils um 17 Uhr im GEW-Haus. Kontakt: Monika Rebitzki, Tel. 471 61 74

ANZEIGEN

KLASSENREISEN

Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:

Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 209,-
Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Kroatien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Griechenland, 10 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 359,-
Oder Österreich ... Holland	

Städtereisen Berlin, Prag, Rom, London

KLASSE REISEN GmbH
Württembergallee 2 · 14052 Berlin
Tel. (030) 303083-6 · Fax (030) 303083-77
www.klasse-reisen.com

Katalog unter:
030-303083-6

LockeToursBerlin

Abruzzen im Herzen der Natur ab 645 EUR
Natürliche Emotionen auch für Familien
Baltische Länder per Rad ab 1295 EUR
Korsika GR20 Wanderung ab 1280 EUR
Flüge und Fähren - weltweit und preiswert!

www.locketours.de

Lefevrestr. 21 Tel. (0 30) 8 52 30 30
12161 Berlin e-Mail: info@locketours.de

MODERNE KOMFORT FERNREISEBUSSE

von 8 - 74 Sitzplätzen mit
Aircondition, Video, Küche, WC,
Tel., Skikorb, Fahrradanhänger
Ihr Partner mit über 20 Jahren
Erfahrung, erfahrenes und geschultes Fahrpersonal
mit zertifiziertem Sicherheitstraining.

PRIMA KLIMA REISEN
www.primaklima.de
Tel. 030-68 40 98-40 · Fax -20 · pk-r-bus@bln.de

GRENZENLOS REISEN

Busse für jede
Gelegenheit

Stadtrundfahrten
Gruppenreisen
Klassenfahrten
Firmenservice
Transfers



Grenzenlos Reisen

Gartenfelder Str. 28, 13599 Berlin
Fon: 0 30-43 00 48 0
Fax: 0 30-43 00 48 79

Buttonmaschinen, Material und mehr:
www.shop.graph-druckula.de

Graph Druckula GmbH · Tel. 69401620 · Mo-Fr 10-17 Uhr

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

0800 - 1000 500
Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns,
seit über 35 Jahren.



Beamtendarlehen erneute Zinssenkung Mai 2013

4,50% effektiver Jahreszins*
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
info@AK-Finanz.de

www.AK-Finanz.de

*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.

Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Sollzins (effektiv gebunden) 4,4%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 555 € effektiver Jahreszins 4,50%, Bruttobetrag 46.620 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten- oder Restschuldsicherung.

Für alle Fälle

Darf mein Schulleiter unangekündigt meine Unterrichtsstunde besuchen? Wie ist das mit der Anordnung von Mehrarbeit? Wann bekomme ich Sonderurlaub? Mit dem Berliner Recht für Schule und Lehrer finden Sie die Antwort im Handumdrehen! Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch geltend machen! Ein Abonnement des Berliner Recht für Schule und Lehrer hilft dabei.

Papierfassung: 57 Euro* · CD-Rom: 47 Euro*

Bestellung unter: GEWIVA · Ahornstr. 5 · 10787 Berlin · Tel. 21-99-93-62
oder online unter: www.gew-berlin.de/18353.htm



*für Nichtmitglieder 10 Euro mehr
Bei Zusendung zusätzlich 8 Euro Versandkosten



Ernst-Litfaß-Schule
OSZ Druck- und Medientechnik
Cyclopstraße 1-5 | 13437 Berlin
www.ernst-litfass-schule.de
www.facebook.com/osz.ernstlitfass

...ohne uns wär's nur

000000 FFFFFFFF

INFONACHMITTAG
Do. | 12.09.2013 | ab 13.00 Uhr

JUBILÄUMSFEIER
Fr. | 13.09.2013 | ab 13.00 Uhr

Feiern und diskutieren Sie mit Schülern, Lehrern, kreativen Köpfen und Medienprofs aus allen Bereichen der Druck- und Medienbranche.

DIE DRAUSSEN WERBER



7xjung

Dein Trainingsplatz für Zusammenhalt und Respekt

DIE AUSSTELLUNG von GESICHT ZEIGEN!

Ein- und mehrtägige Workshops für Schulklassen von Jgst. 5 bis 12 zu Diskriminierung, Antisemitismus, Respekt, Identität und Demokratie

7xjung bietet 7 künstlerische Raumin szenierungen zu Erlebnissen junger Menschen in der NS-Zeit.

direkt am S-Bahnhof »Bellevue« nur 1 Station vom Hbf entfernt
www.7xjung.de 030 3030 808 25



GESICHT ZEIGEN!
FÜR EIN WEITÖFFENES DEUTSCHLAND

Vorbildlich in Qualität, Preis und Leistung

Klassenfahrten in Deutschland und Europa





Jetzt die Kataloge 2014 anfordern: www.cts-reisen.de

CTS Gruppen- und Studienreisen | Herforder Str. 75
32657 Lemgo | Tel.: 05261 2506-0 | info@cts-reisen.de



Gruppen- und Studienreisen GmbH

10. SEPT. 17.00 Uhr	LA Frauenpolitik	Raum 31
16.00 Uhr	AG Gesundheitsschutz	Raum 47
18.30 Uhr	Mitgliederversammlung Referendare	Raum 33
16. SEPT. 18.00 Uhr	FG Sozialpädagogische Bildung	Raum 300
17. SEPT. 19.00 Uhr	Abteilung Berufsbildende Schulen	Raum 33
19.00 Uhr	LAMA	Raum 34
19. SEPT. 18.00 Uhr	Kita-AG	Raum 47
18.00 Uhr	FG Kinder-, Jugendhilfe, Sozialarbeit	Raum 32
18.30 Uhr	Abteilung Wissenschaft	Raum 301
24. SEPT. 19.00 Uhr	Schwule Lehrer	Raum 300
26. SEPT. 9.00 Uhr	Referendarstag	alle Räume
17.00 Uhr	AG Jugendliteratur	Raum 47
14. OKT. 18.00 Uhr	FG Sonderpädagogik	Raum 34

PLAKATGESTALTUNG: DILARA DOLKUN / LARS HÄNICKE

mete-ekşi-preis 2013

3000 EURO

Bewerbt euch mit Ideen und Projekten, die zeigen:

WIR SCHAFFEN ES, IN BERLIN FREI VON RASSISMUS ZUSAMMENZULEBEN!

Preisverleihung
am 16. November 2013
um 12.00 Uhr

Rathaus Charlottenburg
Bürgersaal, 3. Etage,
Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin

Infos unter:
www.mete-eksi-preis.de

MACH MIT!

Bewerbungen bis 11. Oktober 2013 an
Mete-Ekşi-Fonds, c/o GEW Berlin
Ahornstr. 5, 10787 Berlin

Kuratorium: Barbara John, Sanem Kleff, Athena Leotsakou, Hayati Boyacıoğlu, Sevim Ercan, Fadi Saad

Mete Eksi (19) greift in eine gewalttätige Auseinandersetzung zwischen Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft am Adenauerplatz ein. Ein Baseballschläger trifft ihn am Kopf. Er stirbt am 13. November 1991. Vor seinem Tod organisierte Mete Eksi Begegnungen zwischen Berliner Jugendlichen. Sein Wunsch: Ein friedliches Zusammenleben. Dies fördert der von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Berlin und dem Türkischen Elternverein Berlin-Brandenburg e.V. gegründete Mete-Ekşi-Fonds e.V.

Mit freundlicher Unterstützung vom Bildungs- und Förderungswerk (BFW) der GEW und vom Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin.

12 x MEHR LOHN IST GENUG.

1:12 JA!
ABZOCKER STOPPEN
GERECHTE LÖHNE SCHAFFEN



UNIA

**»UMFAIRTEILEN«
UNTERSTÜTZEN!**

Nehmt teil an den Aktionen am **Samstag, dem 14. September** Treffpunkt um 11 Uhr, Hackescher Markt. Sammelt auf Personalversammlungen, in der Schule Unterschriften und Spenden für die Initiative. Weitere Informationen unter www.umfairteilen.de



»ICH SEHE WAS, WAS DU NICHT SIEHST«

Fachtagung der GEW BERLIN: Wie gelingt eine gute Zusammenarbeit der pädagogischen Professionen an ISS, die alle Eltern- und Schülergruppen einbezieht?
Am **Donnerstag, 12. September 2013** im GEW-Haus.

